

HSFK-Report Nr. 1/2010

Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Kooperationssignalen: Zur Einschätzung der neuen russischen Militärdoktrin

Hans-Joachim Schmidt/Harald Müller

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69 95 91 04-0 · Fax: +49(0)69 55 84 81

E-Mail: mueller@hsfk.de · schmidth@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-96-8

Euro 6,-

Zusammenfassung

Die neue russische Militärdoktrin, die am 5. Februar dieses Jahres veröffentlicht wurde und die inzwischen veraltete Doktrin aus dem Jahre 2000 ersetzte, fand im Westen ein eher negatives Echo. Dass die NATO dort als „Hauptgefahr“ für die russische Sicherheit bezeichnet wurde, verprellte viele westliche Beobachter. Auch dass jede Andeutung Russlands fehlte, zu Verhandlungen über substrategische Kernwaffen bereit zu sein, wurde überwiegend als enttäuschend gewertet. Diese Bewertung erweist sich indes bei sorgfältiger Analyse als einseitig und damit unzureichend. Die neue Doktrin enthält an vielen Stellen Hinweise auf interne Meinungsverschiedenheiten in der russischen militärischen und politischen Führung, weist auf mehreren Feldern deutliche Übereinstimmungen mit westlichen Risiko- und Gefahrenanalysen auf und bietet eine Reihe von Signalen, die auf die Bereitschaft zur Kooperation hinweisen. Ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Doktrin ist die Einschränkung der nuklearen Einsatzszenarien auf Situationen, in denen Russland sich einer *existentiellen* Bedrohung gegenüber sieht. Die zuvor scheinbar drohende Ausweitung der Einsatzlagen von Kernwaffen (Konventionalisierung) blieb in der erklärten Doktrin aus. Dies ist ein positiver Schritt in Richtung von Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt.

Zugleich belegt die neue russische Militärdoktrin tiefgreifende Differenzen, die quer durch die politische Elite und die militärische Führung des Landes gehen. Über die Zukunft des Verhältnisses von konventioneller und nuklearer Abschreckung besteht kein Konsens. Während traditionelle Kräfte und Konservative auch aus Kostengründen unbedingt an der nuklearen Abschreckung festhalten, ja sogar auf lokale Konflikte erweitern wollen, wird dies von den militärischen Reformern, die sich stärker am westlichen Vorbild orientieren, und den liberalen Kräften hinter Medwedew, die mit den gemäßigten Kräften im Westen die Verständigung suchen, in Frage gestellt. Dieser interne Machtkampf schwelt und ist noch nicht entschieden. Einstweilen schränkt er die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Russlands sowohl im Bereich der nuklearen als auch der konventionellen Rüstungskontrolle ein. Er hat auch die Verzögerungen bei den Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearstrategischen Waffen mit zu verantworten. Negativ ist auch zu vermerken, dass anders als in der alten Doktrin kein Bezug mehr zur Demokratisierung Russlands enthalten ist.

Interessant ist aber, dass die verstärkte Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten im Bereich der Nonproliferation in den letzten Jahren erste Früchte trägt. Russland schätzt hier trotz einiger Unterschiede allgemein die aus der nuklearen Weiterverbreitung resultierende Bedrohung ähnlich wie die westlichen Staaten ein. Zugleich wird das Instrument der Rüstungskontrolle und ihre Einhaltung stärker betont als in der alten Doktrin. Russland erblickt darin ein Instrument, die westliche militärische Überlegenheit zu beschränken. Das kommt westlichen Befürwortern der Nonproliferation und der Rüstungskontrolle entgegen, eröffnet die Chance für Verständigung und für neue rüstungskontrollpolitische Kompromisse. Dasselbe gilt für russische Besorgnisse über die Bedrohung seiner Südflanke in Zentral- und Südasien, die sich westlichen Sichtweisen annähern. Diese Konvergenz könnte künftig die militärische Kooperation zwischen der Allianz und Moskau – etwa für Afghanistan – erleichtern. Schließlich will Russland auch sein Engagement

für friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen verstärken und sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligen.

Die Stilisierung der NATO zur Hauptgefahr darf nicht den Blick dafür verstellen, dass die neue Militärdoktrin auch viele Signale der Kooperationsbereitschaft enthält. Die nuklearstrategische Rüstungskontrolle und Abrüstung soll fortgesetzt werden. Die substrategischen Nuklearwaffen werden zwar nicht erwähnt, zugleich werden damit aber auch keine neue Hürden für künftige Verhandlungen errichtet, was durchaus positiv zu sehen ist. Gleich an zweiter Stelle (noch vor der umstrittenen Raketenabwehr) rangiert die Bereitschaft, die konventionelle Rüstungskontrolle fortzusetzen. Das unterstreicht ihren Stellenwert für Russland und straft jene Beobachter Lügen, die Moskau kein einschlägiges Interesse mehr unterstellen. Die Kooperation im Bereich der Raketenabwehr und in anderen Bereichen, wird an anderen Stellen in der Doktrin, sowohl mit den USA als auch mit der NATO ausdrücklich gewünscht. In der Einschätzung des Iran und seiner künftigen Entwicklung bleiben allerdings Unterschiede, die künftig nur begrenzte Chancen für eine militärische Kooperation bei der zwischen beiden Seiten strittigen regionalen Raketenabwehr eröffnen.

Für Russland bilden die Felder strategische nukleare Rüstungskontrolle, substrategische nukleare Rüstungskontrolle, konventionelle Rüstungskontrolle, strategische *konventionelle* Flugkörper mit großer Reichweite und hoher Zielgenauigkeit, Raketenabwehr und Erweiterung der NATO einen einzigen sicherheitspolitischen Problemkomplex. Einzelne Komponenten lassen sich nicht ohne Weiteres ungeachtet der Entwicklung der übrigen Felder rüstungskontrollpolitisch bearbeiten. Auf der amerikanischen Seite besteht die Neigung, im eigenen nationalen Interesse die militärische Überlegenheit zu erhalten und nur dort selektiv Rüstungskontrolle und Abrüstung zu betreiben, wo die Begrenzung gegnerischer Fähigkeiten von Nutzen scheint. Dabei werden die Grenzen von den unilateralen Akteuren in der amerikanischen Sicherheitspolitik gezogen, nämlich dem Pentagon und den konservativen Mitgliedern des Senats. Auf dieser Basis lässt sich die Sicherheitskooperation mit Russland kaum vorantreiben, weil sich die Ausgangspositionen beider Seiten wechselseitig zu blockieren drohen. Sicherheitskooperation und das Streben nach militärischer Überlegenheit schließen sich letztlich gegenseitig aus.

Für die Bundesregierung muss es darum gehen, im Bündnis auf Änderungen hinzuwirken, die die Spielräume für die Kooperation mit Russland erweitern, ohne die Bündnissicherheit zu beeinträchtigen. Zu diesem Zweck sollte sie

- auf ein tieferes Verständnis der neuen russischen Doktrin hinwirken,
- an ihrem Vorschlag, die substrategischen Kernwaffen der Vereinigten Staaten aus Europa abzuziehen, weiterhin festhalten, um die in der konventionellen Rüstungskontrolle zu zögerlichen Ostmitteleuropäer zu größerer Flexibilität zu bewegen,
- die Kooperation des Bündnisses mit Russland auf dem Gebiet der Raketenabwehr befürworten,
- die gemeinsame Bedrohungs-, Gefahren- und Risikoanalyse der NATO mit Russland vorantreiben,
- auf eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle zwischen dem Westen und Russland dringen.

Inhalt

1.	Einführung	1
2.	Zur innerrussischen Diskussion über die neue Militärdoktrin	3
3.	Wechselseitige Fehlwahrnehmungen: Russlands gespaltenes Verhältnis zur NATO und das gespaltenes Verhältnis des Westens zu Russland	5
4.	Veränderte Gefahr- und Bedrohungswahrnehmung	8
4.1	Sicht der weltpolitischen Lage	9
4.2	Westliches Bündnis	9
4.3	Politische Instabilität	10
4.4	Stationierung fremder Truppen in der Nachbarschaft	10
4.5	Ballistische Raketenabwehr	11
4.6	Gefährdung der territorialen Integrität	11
4.7	Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen/Einhaltung von Verträgen	12
4.8	Rechtswidriger völkerrechtlicher Gewalteinsatz und Eskalationsgefahren	12
4.9	Internationaler Terrorismus	12
4.10	Militärische Bedrohungen	13
5.	Rolle der Kernwaffen	13
6.	Rüstungskontrolle und Abrüstung	16
7.	Sicherheitskooperation auf weiteren Feldern	18
8.	Konsequenzen für die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle	19
8.1	Strategische Nuklearwaffen	19
8.2	Substrategische Nuklearwaffen	20
8.3	Konventionelle Rüstungskontrolle	24
8.4	Raketenabwehr, Militarisierung des Weltraums, Aufbau zielgenauer konventioneller strategischer Systeme	25
9.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	28
10.	Literatur	33
11.	Abkürzungen	35

1. Einführung

Das Verhältnis des Westens zu Russland bedarf nach wie vor gründlicher Reparatur.¹ Aus russischer Sicht war die westliche Politik, namentlich die amerikanische, nach dem Ende des Kalten Krieges vor allem unter US-Präsident George W. Bush von einer Mischung aus arroganter Missachtung und bewusster Eindämmung gekennzeichnet. Sechs Elemente kennzeichneten aus Moskauer Perspektive diese strikt antirussische Politik: erstens die Erweiterung der NATO, nachdem zunächst Präsident Gorbatschow das gegenteilige Versprechen erhalten hatte; zweitens die Planung der amerikanischen Raketenabwehr einschließlich wichtiger Komponenten auf dem Boden früherer Verbündeter der Sowjetunion; drittens die Unterstützung antirussischer Kräfte in der russischen Peripherie („farbige Revolutionen“); viertens militärische Interventionen des Westens auch um geostrategischer Geländegewinne Willen (Irak, Kosovo) gegen das ausdrückliche Votum Moskaus; fünftens der Versuch, an der russischen Peripherie in Asien (Kaukasus, Zentralasien) auf Kosten Russlands Fuß zu fassen und sechstens – damit in engem Zusammenhang – Bemühungen, die starke russische Stellung in der globalen Energiewirtschaft durch ein Netz von Pipelines und Verträgen zu schwächen, die Russland umgehen sollen. Die russische Elite nahm diese Strategie um so übler, als die Sowjetunion, als deren Erbe sich Russland versteht, die entscheidenden Vorleistungen zur Beendigung des Ost-West-Konflikts erbracht, Russland zunächst vertrauensvoll mit dem Westen zusammengearbeitet und mit der schnellen und bereitwilligen Kooperation im „Krieg gegen den Terror“ selbst den USA das Tor nach Zentralasien geöffnet hatte. Die Vorstellung eines gegen Russlands gerichteten bösen Willens – die Nachfolge gewisser paranoider Züge in der sowjetischen Weltsicht – hat einen starken Selbstverteidigungswillen ausgelöst, der sich freilich immer wieder an den mangelnden materiellen Ressourcen und dem miserablen Zustand der russischen Streitkräfte brach. Die Wiederbelebung der russischen Rüstungsindustrie, der Versuch einer Aufholjagd in der Militärtechnologie, wo man den Rückstand auf die amerikanische „Revolution in militärischen Angelegenheiten“ (RMA) wenigstens vermindern möchte, und eine starke Abstützung der nationalen Sicherheit auf die Nuklearstreitkräfte, einschließlich der taktischen,² waren die wichtigsten Komponenten einer auf einen starken Nationalismus gestützten Sicherheitspolitik, die seit der Ära Putin das Denken beherrschten.

1 Siehe Matthias Dembinski/Hans-Joachim Schmidt/Bruno Schoch/Hans-Joachim Spanger, Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands, HSFK-Report 6/2008, Frankfurt/M. Die Autoren bedanken sich außerdem bei Annette Schaper, Marco Fey, Giorgio Franceschini, Jonas Wolff, Sascha Knöpfel und Elvira Rosert für die Durchsicht und Diskussion früherer Reportentwürfe.

2 Für die Nuklearwaffen unterhalb der strategischen Ebene werden je nach ihrer unterstellten Bedeutung unterschiedliche Begriffe verwendet: In den USA und in Russland werden sie häufig als non-strategic oder tactical bezeichnet, weil sie nicht über die strategische Distanz zwischen USA und Russland (5.500 km) einsetzbar sind. In Europa hingegen kommt ihnen aus der Sicht der betroffenen Staaten eine strategische Bedeutung zu, weshalb sie die Bundesregierung offiziell nicht als taktische sondern als substrategische Waffen bezeichnet. Zur Begriffsdiskussion Woolf 2009, S. 4ff; Müller/Schaper, S. 22f.

Die neue russische Militärdoktrin, an der seit 2005 gearbeitet wurde und deren Veröffentlichung schon seit 2007 mehrfach verschoben worden war, wurde daher im Westen mit großer Spannung erwartet. Angesichts einiger Gerüchte, die über die internen Debatten in Moskau nach außen drangen, gab es aber auch einige Besorgnisse. Die Ankündigungen vom 4. Februar, dass die neue Militärdoktrin³ und in Ergänzung dazu auch gleichzeitig die geheimen „Grundlagen von Russlands Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung“⁴ bereits einen Tag später von Präsident Medwedew unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden, kamen etwas überraschend. Die neue Militärdoktrin wurde gemäß der russischen Verfassung von 1993 auch sofort veröffentlicht. Sie liefert die Richtlinien für die weiteren militärpolitischen militärstrategischen und militärökonomischen Planungen, um die militärische Sicherheit und Verteidigung Russlands und seiner Verbündeten in den nächsten fünf bis 10 Jahren zu gewährleisten. Für das Ausland ist sie in Verbindung mit dem im Mai 2009 verabschiedeten Nationalen Sicherheitskonzept bis zum Jahre 2020 eine wichtige Orientierungshilfe für die Einschätzung der Sicherheitspolitik, der militärischen Entwicklung und der militärischen Fähigkeiten der Russischen Föderation. Viele hatten die Verabschiedung der Doktrin und ihre Einführung in die öffentliche Diskussion erst nach dem neuen amerikanischen Nuclear Posture Review (NPR) erwartet. Offensichtlich genügte aber den russischen Experten ein kurzer Blick in den neuen Ballistic Missile Defense Review 2010 (BMDR 2010) und den neuen Quadrennial Defense Review 2010 (QDR 2010) der USA, um ihre Doktrin fertig zu stellen und schnell zu verabschieden. Das lässt darauf schließen, dass sie den Inhalt der beiden Dokumente weitgehend erwartet hatten, also nicht mehr auf Überraschungen reagieren mussten. Das Datum der Veröffentlichung zum Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz sollte wohl die konstruktive Rolle Deutschlands in den Beziehungen zwischen NATO und Russland fördern, und die moderatere neue Doktrinversion zielte darauf, die Beziehungen zum Westen weiter zu verbessern.

Schon ein Jahr zuvor hatte US-Vizepräsident Joe Biden auf der Sicherheitskonferenz 2009 den „Resetknopf“ betätigt und eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zu Russland in Aussicht gestellt. Die im April 2009 aufgenommenen Verhandlungen für den neuen Strategic Arms Reduction Treaty (START) und die Südverlagerung der amerikanischen Raketenabwehr in Europa ab September 2009 untermauerten dies. Die Obama-Administration erhoffte sich von ihrer kooperativeren Haltung ein deutliches Entgegenkommen der russischen Führung in ihrer Nonproliferationspolitik vor allem bezüglich des Iran. Doch die START-Verhandlungen zogen sich in die Länge, und im Iran sind die Interessen Moskaus und Washingtons eben auch unterschiedlich. Es kam zu wechselseitigen Irritationen; so wurden Kooperationshoffnungen später durch die überraschende Ankündigung Washingtons gedämpft, Komponenten des neuen regionalen Raketenab-

3 O.A., Medvedev approves Russian military doctrine, in: ITAR-TASS v. 5.2.2009, in: www.itar-tass.com/eng/prnt.html?NewsID=14793459 (5.2.2010).

4 O.A., vertrauliches Papier präzisiert Optionen für Atomschlag, RIA Novosti v. 10.2.2010, in: <http://de.rian.ru/safety/20100210/125052743-print.html> (10.2.2010).

wehrkonzepts nunmehr in Rumänien zu stationieren.⁵ Es ist auch kaum zu vermuten, dass die russischen Wunden, die fünfzehn Jahre erfahrene Demütigung geschlagen haben, so schnell verheilen können.

2. Zur innerrussischen Diskussion über die neue Militärdoktrin

Hochrangige russische Militärs hatten die alte Militärdoktrin, die seit dem 21. April 2000 gültig war, von Anfang an nur als Interimslösung angesehen. Die Entwicklungen im sicherheitspolitischen Umfeld ließen das Dokument zudem schnell veralten: Es gab den Terroranschlag vom 11. September 2001 sowie mehrere opferreiche Terroranschläge in Russland selbst. Der Krieg der USA in Afghanistan, an dem sich später auch die NATO beteiligte, begann im Herbst 2001. Seither hat sich die Lage in Afghanistan – auch zur Besorgnis der russischen Führung – beständig verschlechtert; Moskau sah und sieht auch das Risiko, dass sich die Atommacht Pakistan im weiteren Verlauf dieses Krieges destabilisieren kann. 2002 stand Russland vor der Wahl, gegen die Kündigung des ABM-Vertrags durch die Bush-Regierung zu opponieren oder aber diesen Vorgang hinzunehmen, dafür aber einen neuen Vertrag über die Reduktion der strategischen Nuklearstreitkräfte (Moskauer-/SORT-Vertrag) zu erhalten. Obgleich die russische Führung im ABM-Vertrag einen strategischen Stabilitätsanker sah, der russischen Sicherheitsinteressen diene, akzeptierte sie fast widerstandslos das Ende des Verbots für nationale Raketenabwehrsysteme. Die Farbenrevolutionen in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) verschoben aus Moskauer Sicht die Gewichte im unmittelbaren eigenen Sicherheitsumfeld. Die westliche Demokratisierungspolitik rückte direkt an Russland heran. Die NATO erweiterte sich zudem 2004 erneut und näherte sich den russischen Grenzen, ohne dass der 1999 unterzeichnete angepasste KSE-Vertrag (AKSE),⁶ der alle neuen Bündnisstaaten in die konventionelle Rüstungskontrolle integrieren sollte, in Kraft trat. Denn die NATO-Staaten verzögerten auf amerikanische Veranlassung die Ratifikation, um Russland zum Rückzug aus dem Kaukasus zu bewegen. Russland suspendierte deshalb Ende 2007 den

5 Die russische Regierung war vorher von der US-Regierung über den neuen „Phased adaptive Approach“ bei der Raketenabwehr informiert worden, jedoch waren noch keine konkreten Länder oder Stützpunkte für die Stationierung benannt. Dass die russische Regierung nun über die Presse und nicht von US-Regierungsvertretern über die geplante Stationierung in Rumänien erfuhr, wurde als Vertrauensbruch gewertet. o.A., Russia opposed to unilateral moves in missile defences, in: *The Voice of Russia* v. 26.2.2010, in: http://english.ruvr.ru/_print/4850046.html (26.2.2010).

6 Der adaptierte KSE-Vertrag (AKSE) beschränkt wie der KSE-Vertrag die konventionellen Land- und Luftstreitkräfte der Mitgliedstaaten des westlichen Bündnisses und des 1991 aufgelösten östlichen Bündnisses vom Atlantik bis zum Ural. Der bisherige KSE-Vertrag ist wegen des Zerfalls des östlichen Bündnisses veraltet, soll er doch in erster Linie einen Krieg zwischen den Bündnissen verhindern. Der neue Vertrag basiert deswegen auf einem nationalstaatlichen Begrenzungsansatz und steht auch den neuen NATO-Mitgliedsstaaten (Lettland, Estland, Litauen, Slowenien, Kroatien) offen, die dem KSE-Vertrag noch nicht angehören. Russland hat Ende 2007 seine Mitwirkung am KSE-Vertrag suspendiert, um damit die Inkraftsetzung des AKSE zu beschleunigen. Vgl. Zellner/Schmidt/Neuneck (Hrsg.) 2009.

KSE-Vertrag. 2008 schließlich hatte der Beschluss der NATO, Georgien und die Ukraine eines Tages in das Bündnis aufzunehmen, den vom georgischen Präsidenten Saakaschwili begonnenen Georgienkrieg⁷ nicht verhindern können, obwohl ein solcher Bündnisbeschluss eigentlich die Sicherheit Europas erhöhen soll. Nicht zu vergessen ist der von der UN nicht legitimierte Krieg im Irak 2003, der die Präsenz der USA im Mittleren Osten massiv verstärkte. Die danach klar sichtbaren Nuklearambitionen des Iran und Nordkoreas traten als gleichfalls wichtiger Faktor im russischen Sicherheitskalkül hinzu. Auch wenn China in der neuen Doktrin nirgends erwähnt wird, dürfte der schnelle Aufstieg Beijings zu einem globalen Akteur, dessen Militäretat in den letzten zwei Jahrzehnten zweistellige jährliche Zuwachsraten aufwies, gerade für den dünn besiedelten Osten Russlands (Sibirien, Fernost) schon bestehende Sicherheitsbesorgnisse verstärken. Mit anderen Worten: Die russische Sicherheitspolitik stand vor einer so umfassenden Veränderung des eigenen Umfeldes, dass eine Rundumerneuerung unvermeidlich wurde.

Neben diesen Faktoren haben die russischen Erfahrungen mit dem georgischen Krieg die Debatte um die neue russische Militärdoktrin von 2010 ebenso beeinflusst, wie der Versuch Präsident Obamas und der NATO-Staaten, ihre Beziehungen zu Russland neu zu ordnen und auf eine bessere Grundlage zu stellen. Im Oktober 2009 schlug der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, die Anwendung nuklearer Waffen auch in lokalen Militärkonflikten sowie ihren „prä-emptiven“ Gebrauch zur schnellen Kriegsbeendigung vor.⁸ Der prä-emptive Gebrauch gegen den konventionellen und nuklearen „*global instant strike*“ der amerikanischen Streitkräfte wurde laut General Yuri Balujewsky (Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats) ebenfalls erwogen.⁹ Diese Debatte demonstriert das Spektrum möglicher Bedrohungsvorstellungen sowie radikaler Antworten darauf, welche in Moskau zirkulierten. Die genannten Äußerungen lösten national und international eine kontroverse Debatte aus. Die gemäßigten Kräfte in Moskau drängten massiv darauf, auf eine Verschärfung der Militärdoktrin zu verzichten, um die Verhandlungen mit den USA über den neuen START-Vertrag sowie die Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Staaten nicht zu beschädigen.¹⁰

7 Die von der EU in Auftrag gegebene Untersuchung (Tagliavini-Report) bestätigt die Hauptverantwortung Georgiens für den Waffengang im August 2008 zwar, weist aber auch auf die völkerrechtswidrigen militärischen Überreaktionen Russlands in diesem Krieg hin. Vgl. IIFMCG 2009, Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Report, Jg. I, Brüssel 30.09.2009, in: www.ceiig.ch/Index.html (3.5.2010).

8 Pavel Zolotarev, New Russian nuclear doctrine to reflect new threats – expert, in RIA Novosti v. 14.10.2009, in: www.cdi.org/russia/johnson/2009-190-14.cfm (8.2.2010). In diesem Interview sagte Patruschew noch, dass Russland seit 1993 keinen Feind direkt benenne und damit auch keinen direkten Bezug zu einem Land herstelle.

9 Jacob W. Kipp, Medvedev Approves New Russian Military Doctrine, in: The Jamestown Foundation v. 8.2.2010, in: www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Bsword (8.2.2010).

10 So z.B. Viktor Esin, früherer Generalstabschef der Strategischen Raketentruppen und jetzt ein führender Analytiker strategischer Probleme, der feststellt, dass das Konzept falsch formuliert sei: „It is impossible to forecast the moment when it is high time to be the first to attack a weapon with nuclear weapons in response just to a threat of aggression accurately“. Er zweifelte daran, dass Präsident Medwedew eine Doktrin des nuklearen prä-emptiven Erstschlags akzeptieren würde. In: Kipp 2010.

Die neue NATO-Doktrin ist ein Kompromiss zwischen den traditionellen Kräften um Premierminister Wladimir Putin und dem militärischen Sicherheitsapparat einerseits und den progressiven an militärischen Reformen orientierten Kräften andererseits. Die Stilisierung der NATO aufgrund ihrer globalen Orientierung, ihrer Erweiterung und nicht legitimierten Militäraktion (Kosovo) zur „Hauptgefahr“ repräsentiert eher die Reste der Kalten Kriegs-Fraktion in Moskau, während sich bei der Verminderung der Rolle der Nuklearwaffen eher die gemäßigten Kräfte durchgesetzt haben, ohne allerdings die erhofften neuen Ansätze für eine bessere Kooperation mit dem Westen zu präsentieren. Die fortschrittlichen Kräfte in Russland, denen die Konzessionen in der neuen Militärdoktrin nicht weit genug gingen, entwarfen eigene Szenarien für eine deutlich verbesserte Kooperation mit der westlichen Allianz: So plädiert das Präsident Medwedew nahestehende Institut für Zeitgenössische Entwicklungen in Moskau für das Ziel, dass Russland noch in diesem Jahrhundert der westlichen Allianz beitreten könne, wenn das Bündnis sich mehr in Richtung einer politischen Institution wandle.¹¹

3. Wechselseitige Fehlwahrnehmungen: Russlands gespaltenes Verhältnis zur NATO und das gespaltene Verhältnis des Westens zu Russland

Die NATO wird in der neuen Doktrin nicht mehr als *Bedrohung*, aber als *Hauptgefahr*¹² bezeichnet. Im Bündnis und in vielen westlichen Staaten wurde diese Einstufung auf den ersten Blick als Provokation wahrgenommen, zumal die USA und die ISAF in Afghanistan auch die Sicherheitsinteressen Russlands verteidigen; denn von den Taliban und ihrem Verbündeten Al-Qaida ging und geht auch Unterstützung für radikale und gewaltsame Umtriebe islamistischer Terroristen in der russischen Föderation und ihrem

11 Robert Coalson, Could NATO Membership For Russia Break Impasse In European Security Debate?, in: RFE/RL v. 5.2.2010, in: <http://archive.constantcontact.com/fs053/1102820649387/archive/1103007096722.html> (5.2.2010).

12 Im Dokument werden sowohl die „militärische Gefahr“ als auch die „militärische Bedrohung“ definiert: Unter Gefahr wird der „Zustand zwischenstaatlicher oder innerstaatlicher Beziehungen, der durch eine Gesamtheit von Faktoren gekennzeichnet ist, die unter bestimmten Bedingungen zur Entstehung einer militärischen Bedrohung führen können;“ (RUSMilDok 2010: Zif. 6b) und unter Bedrohung der „Zustand zwischenstaatlicher oder innerstaatlicher Beziehungen, der durch die reale Möglichkeit des Ausbruchs eines militärischen Konfliktes zwischen den Konfliktparteien, einen hohen Grad an Bereitschaft irgendeines Staates (einer Staatengruppe) oder separatistischer (terroristischer) Organisationen zur Anwendung militärischer Gewalt (zu bewaffnetem Zwang) gekennzeichnet ist;“ (RUSMilDok 2010: Zif 6c) verstanden. Zitiert nach offizieller Übersetzung des Bundespräsidialamts v. 18.2.2010. Dort heißt es wörtlich: „8. Die wichtigsten äußeren militärischen Gefahren sind: a) das Bestreben, das Kräftepotential der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) mit globalen Funktionen auszustatten, die in Verletzung der Normen des Völkerrechts durchgesetzt werden, und die militärische Infrastruktur der NATO-Mitgliedsländer näher an die Grenzen der Russischen Föderation zu verlagern, unter anderem auch durch die Erweiterung des Bündnisses;“ (RUSMilDok 2010, Zif. 8a).

zentralasiatischen Umfeld aus. Auch sucht die NATO unter ihrem jetzigen Generalsekretär Rasmussen wieder mehr Kooperation und Verständigung mit Russland. Aus der Sicht des Kreml bedeutet die Bezeichnung *Hauptgefahr* aber eher eine Herabstufung der potentiellen Bedrohung, die vom westlichen Bündnis ausgeht: Denn die frühere Doktrin führte im Kapitel über die externen *Hauptbedrohungen* als fünften Punkt die *Erweiterung von Militärblöcken und Allianzen* an (RUSMilDok 2000: Zif. 5). Sie nannte zwar die NATO nicht beim Namen, der Kontext ließ aber unmissverständlich erkennen, wer gemeint war. Die Rubrizierung unter *Hauptbedrohung* war bedenklicher als die jetzige Bezeichnung *Hauptgefahr*, die in etwa dem westlichen Gebrauch des Begriffs „Risiko“ entspricht. Zugleich muss man die Etikettierung der NATO als Gefahr auch als Konzession an die Kalte Kriegs-Fraktion im russischen Militär- und Sicherheitsapparat ansehen, die ohne ausdrückliche Kritik am westlichen Bündnis die neue Doktrin nicht hingenommen hätte.

Das fehlende Mandat des VN-Sicherheitsrates für den Kosovo-Krieg, das geringe Interesse der NATO an stabilisierender Rüstungskontrolle und ihre strittige Erweiterungsentscheidung für Georgien und die Ukraine (in der eine Mehrheit der Bevölkerung und die neu gewählte Regierung den Beitritt ablehnen) lassen eine solche Wahrnehmung aus russischer Sicht keineswegs unbegründet erscheinen. Russland erwies sich mit dieser Etikettierung aber selbst einen Bärendienst, denn die westlichen Medien (und überraschender-überraschenderweise auch viele russische)¹³ machten – den im Dokument definierten Unterschied zwischen der vagen *Gefahr* und der konkreten *Bedrohung* übersehend – die NATO fälschlicherweise zur *Hauptbedrohung*.¹⁴ In dieser Berichterstattung wird das gesplattene Verhältnis des Westens zu Russland deutlich, da viele Beobachter Moskau immer noch durch die Brille des Kalten Krieges wahrnehmen.¹⁵ Diese Vorurteilsstruktur führte dazu, dass die westlichen Medien die positiveren Elemente der Doktrin weder wahrnahmen noch darüber berichteten.

Auch der neue NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen distanzierte sich noch auf der Münchener Sicherheitskonferenz von Moskau und wies u.a. darauf hin: „...die

13 O.A., Russland fühlt sich weiter bedroht von der Nato-Kommersant, in: RIA Novosti v. 11.2.2010, in: <http://de.rian.ru/safety/20100211/125069843-print.html> (11.2.2010). o.A., Russia concerned with NATO's weapons near its border, in: The Voice of Russia v. 5.3.2010, in: http://english.ruvr.ru/_print/5073321.html (5.3.2010).

14 O.A., Russia Names NATO Expansion as National Threat, in: The New York Times v. 6.2.2010, in: www.nytimes.com/ (6.2.2010).

15 So z.B. Ariel Cohen von der Heritage Foundation, der – die Absicht der neuen Militärdoktrin auf den Kopf stellend – fälschlich behauptet: „Finally, President Medvedev two weeks ago signed a new military doctrine that declares NATO a threat and calls for the protection of vaguely defined „compatriots“ and lowers the threshold for pre-emptive nuclear strikes.“ Ariel Cohen, An Alarming Franco-Russian Arms Deal, in: The Wall Street Journal v. 16.2.2010, in: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703382904575058943786666482.html> (16.2.2010).

NATO ist kein Feind Russlands“,¹⁶ In der Eile scheinen dabei entweder er oder seine Berater den Unterschied zwischen *Gefahr* und *Bedrohung* übersehen zu haben, denn eine *Gefahr* kann kein *Feind* sein. Der Sprecher des russischen Außenministeriums versuchte später die Wogen zu glätten, indem er darauf hinwies, es gehe nicht um die NATO als solche, sondern nur um bestimmte kritische Aktivitäten (globale Funktionen des Bündnisses und seine Erweiterung) von ihr.¹⁷ Während das Außenministerium sich um Schadensbegrenzung mühte, goss gleichzeitig der Sekretär des russischen Nationalen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, erneut Öl ins Feuer, indem er – über die Sprachregelung des Dokuments hinausgehend – die Allianz sogar als *ernsthafte Gefahr* bezeichnete.¹⁸ Demgegenüber erwähnte der gemäßigte Generalstabschef der russischen Streitkräfte, General Nikolay Marakow, in einem Interview zur neuen Militärdoktrin die NATO weder als Gefahr noch als Bedrohung.¹⁹ In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, dass nur wenig später eine Zusammenfassung des geheimen Dokumentes zur neuen Nuklearpolitik²⁰ veröffentlicht wurde, in der als wörtliches Zitat – wie in der alten Doktrin – die Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität Russlands als die wichtigste Bedrohung genannt wird²¹ und nicht das Bündnis.

Dass Moskau es mit seiner Etikettierung der Allianz als *Hauptgefahr* vielleicht nicht ganz ernst meint, wird auch daraus ersichtlich, dass in der Doktrin die Weiterentwicklung der militärischen Kooperation mit dem westlichen Bündnis gefordert wird (RUSMilDoc 2010: Zif. 19, Abs. e). Jedoch wird das dafür wichtigste Gremium, der NATO-Russland-Rat, bezeichnenderweise nicht erwähnt. Einerseits weiß der Kreml, dass er die Kooperation mit der NATO braucht, andererseits soll die Bedeutung des Bündnisses so weit wie möglich relativiert werden. Nicht umsonst hat man den Hardliner Rogosin als NATO-Botschafter nach Brüssel geschickt, der sich in seiner Rolle als dauerhafter, scharfer Kriti-

16 O.A., Russian Doctrine Does Not Reflect Real World – NATO, in: The New York Times v. 6.2.2010, in: www.nytimes.com/ (6.2.2010). Auch US-Außenministerin Hillary Clinton sprach diese russische Einschätzung der NATO bei ihrem Besuch in Moskau am 19. März 2010 offen an.

17 Russian MFA Spokesman Andrei Nesterenko Response to Media Query on NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen's Critical Remarks About the New Military Doctrine of Russia v. 9.2.2010, in: www.in.mid.ru/ (9.2.2010). Auch innerrussisch stieß dies auf Kritik. Pawel Felgenhauer, Military Doctrine Consolidates Xenophobia of the Russian Elites, in: Eurasia Daily Monitor v. 10.2.2010.

18 NATO remains 'serious' threat to Russia: official, in: AFP v. 9.2.2010. Auch hier wird von AFP die Gefahr zur Bedrohung gemacht.

19 O.A., Head of Russia's General Staff interviewed on new military doctrine, in: Rossiya 24 v. 9.2.2010, in: <http://archive.constantcontact.com/fs053/1102820649387/archive/1103026195218.html> (9.2.2010).

20 O.A., Russian security source outlines main provisions of nuclear deterrence document, in: RIA Novosti v. 10.2.2010, in: <http://archive.constantcontact.com/fs053/1102820649387/archive/1103030034909.html> (10.2.2010).

21 Dort heißt es: „The conditions are defined for the Russian Federation to move towards using nuclear weapons. The main one of these is the threat of the state losing its sovereignty and territorial integrity,“ in: o.A., Russian security source outlines main provisions of nuclear deterrence document, in: RIA Novosti v. 10.2.2010, in: <http://archive.constantcontact.com/fs053/1102820649387/archive/1103030034909.html> (10.2.2010).

ker der Allianz nahtlos in die Reihe der russischen NATO-Gegner einreihet. Ohne Botschafterwechsel ist eine neue kooperativere russische Politik kaum zu erwarten. Zugleich belegen die wechselseitigen Dissonanzen bei der Publizierung der Doktrin, welcher Weg der Westen noch bis zu einer besseren Verständigung und einem gedeihlichen Verhältnis mit der Russischen Föderation vor sich hat.

4. Veränderte Gefahr- und Bedrohungswahrnehmung

Im folgenden Kapitel setzen wir uns ausführlich mit der Bedrohungs- und Gefahrenanalyse der neuen Doktrin auseinander. Dies dient zwei Zwecken. Zum einen wird daraus eine Schnittmenge von Besorgnissen erkennbar, die Russland mit dem Westen teilt. Zum anderen erhellt es, welche Wirkung westliche – vor allem amerikanische – militärpolitische Planungen und Entscheidungen auf die russische Seite ausüben. Leider ist nach dem Ende des Kalten Krieges dem Westen und seiner Führungsmacht im Besonderen, die Einsicht weitgehend verloren gegangen, dass Entscheidungen zugunsten der eigenen Sicherheit die Sicherheit Dritter beeinträchtigen können, zumindest in deren Wahrnehmung. Und auf die Wahrnehmung kommt es in der Politik in erster Linie an, nicht auf die eigenen Absichten. Der Einblick in das russische Sicherheitsdenken schärft daher den Blick für unbeabsichtigte und oft unerwünschte Nebenwirkungen westlicher militärischer Anstrengungen und kann so Anstoß zu selbstkritischen Politikkorrekturen geben.

Während die alte Doktrin noch ein größeres Kapitel über die externen *Bedrohungen* Russlands enthält und erst dann die *Gefahren* folgen, spricht die neue Doktrin zunächst kurz und allgemein von externen *Gefahren und Bedrohungen*, wobei schon in der Überschrift die Gefahren den Bedrohungen vorangestellt werden, um dann zunächst die *externen Gefahren* zu beschreiben. Dort findet sich – mit einigen Veränderungen – manches aufgeführt, was in der alten Doktrin noch unter *externen Hauptbedrohungen* stand. Erst nach dem Abschnitt über innere Gefahren folgt eine kurze Aufzählung der militärischen Bedrohungen, in der die NATO auch indirekt nicht mehr genannt wird. Die russische Führung will damit offensichtlich ihre wachsende Stärke und ihr neues Selbstbewusstsein demonstrieren. Sie betrachtet Russland gemeinsam mit Brasilien, Indien und China (BRIC-Staaten) als eines der Länder, die nach dem Ende der kurzen Periode des amerikanischen Unilateralismus in einer kommenden multipolaren Weltordnung schnell an Macht und Einfluss gewinnen. Wegen seiner neuen Stärke und seines gestiegenen Selbstbewusstseins werden weniger die *Bedrohungen* sondern mehr die *Gefahren* betont. Andererseits wirft dieses Vorgehen, in der teilweise frühere Bedrohungen zu neuen Gefahren umgedeutet werden, und das Voranstellen der Gefahren vor den Bedrohungen die Frage auf, ob nicht die neuen militärischen Gefahren die eigentlichen Bedrohungen darstellen? Diese Form der ambivalenten Darstellung mag zwar an dieser Stelle etwas ungewöhnlich erscheinen, generell gehören sie zum Wesen einer Militärdoktrin, da sie das Risikokalkül eines potentiellen Angreifers mit größeren Ungewissheiten belasten und so die Abschreckung stärken. Dazu gehört auch die Verwendung relativ allgemein gehaltener Begriffe wie beispielsweise *Behinderung der Handlungsfähigkeit* (siehe ausführlich Seite 15), die

bewusst nicht näher definiert werden, um den politischen und militärischen Entscheidungsträgern im Bedarfsfall einen breiten Handlungsspielraum zu sichern.

4.1 Sicht der weltpolitischen Lage

Der erste Satz über die allgemeinen militärischen *Gefahren und Bedrohungen* ist etwas widersprüchlich. Dort wird zunächst darauf hingewiesen, dass der politische, ökonomische und militärische Einfluss einiger Staaten (Staatengruppen) – gemeint sind vermutlich die USA, NATO, EU – zurückgeht. Zugleich wird aber festgestellt, dass der Einfluss „anderer Staaten, die auf eine allumfassende Dominanz, auf Multipolarität und Globalisierung verschiedenartiger Prozesse Anspruch erheben“ zunimmt (RUSMilDok 2010: Zif. 7). Das Streben nach *allumfassender Dominanz* bezieht sich auf die Vereinigten Staaten und ist somit nicht völlig mit dem Inhalt im ersten Halbsatz vereinbar. Russland weist damit, ohne dies deutlich kenntlich zu machen, auch auf den in der Realität anzutreffenden Widerspruch hin, dass die USA als stärkster globaler Akteur an Macht verlieren, aber bisher ihren Anspruch auf umfassende Dominanz noch nicht aufgegeben haben. Hingegen dürfte die Betonung von Multipolarität und Globalisierung sich vor allem auf die BRIC-Staaten und damit auch auf Moskau beziehen. Demgegenüber misst die neue Doktrin der weltweiten ideologischen Konfrontation immer geringere Bedeutung zu. Weiterhin wird diagnostiziert, dass die Tendenzen zur gewaltsamen Regelung von regionalen Konflikten auch nahe bei Russland erhalten bleiben und die aktuelle Struktur des internationalen Systems nicht das wichtige Prinzip der gleichen Sicherheit garantieren kann. Wie schon in der alten Doktrin wird außerdem festgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit eines Großkrieges mit konventionellen und nuklearen Mitteln weiter abnehme. Trotzdem wachsen in einigen Bereichen die militärischen Gefahren für Russland. Es folgt eine Aufzählung dieser Gefahren, die mit dem westlichen Bündnis beginnt:

4.2 Westliches Bündnis

Die Benennung des westlichen Bündnisses als Hauptgefahr (s.o.), wendet sich gegen eine weitere Ausdehnung des Bündnisses auf das Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Es drückt im Nachhinein die Sorge Russlands darüber aus, dass die westlichen Staaten zwar Georgien irgendwann in das Bündnis aufnehmen wollen, jedoch den von Saakaschwili begonnenen Krieg nicht verhindert haben. Die NATO distanzierte sich in diesem Punkt nie öffentlich von Georgien, sondern schwieg betreten. Der von den USA dominierte NATO-Russland-Rat hat wie die OSZE vor und während des Krieges als Krisenmanagementinstrument total versagt, die EU musste es richten. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass Russland seinen eigenen Anteil an der wechselseitigen Eskalation mit Georgien gerne übergeht.²² Darüber hinaus ist man über die globale Ausweitung der

22 Siehe Anm. 7.

Sicherheitsaufgaben des Bündnisses besorgt, denn sie könnte zur Schwächung anderer internationaler Organisationen – etwa der Vereinten Nationen – und damit auch des globalen russischen Einflusses führen.

4.3 Politische Instabilität

Als zweite Gefahr werden die politische Destabilisierung verschiedener Staaten und Regionen und der Verlust der strategischen Stabilität genannt. Zum einen dürfte sich das gegen die primär von den USA gestützten „Farbenrevolutionen“ in Russlands Nachbarschaft wenden, zum anderen ist auch Russland über den Zerfall von Staaten wie etwa die innere Destabilisierung Pakistans als Atommacht und seine politische Nähe zu China sehr besorgt.²³ Denn China entwickelt sich zu einer aufstrebenden Großmacht, deren Verteidigungshaushalt in den letzten zwei Jahrzehnten jährlich in zweistelligen Raten wuchs. Dieses Problem wird in Russland wegen der Nähe zu China und der russisch-chinesischen strategischen Kooperation kaum offen angesprochen. Sollte es künftig zu einem Konflikt mit Beijing kommen, könnte Moskau gleich mit zwei Atommächten konfrontiert sein, auch wenn dies durch die etablierte sicherheitspolitische und militärische Kooperation mit Indien relativiert wird. Zudem beobachtet man die westliche militärische Überlegenheit und ihre Entwicklung mit Misstrauen und sieht darin die größte Gefahr für die künftige strategische Stabilität.

4.4 Stationierung fremder Truppen in der Nachbarschaft

Drittens betrachtet man die Stationierung von fremden Truppen (und ihre Verstärkung) in Staaten oder Gewässern nahe Russlands und seiner Verbündeter als potentielle Gefahr. Russland sieht in der dauerhaften Anwesenheit fremder – vor allem amerikanischer – Truppen in Zentralasien und Südosteuropa, obwohl dies der auch von Moskau gewünschten militärischen Stabilisierung Afghanistans dient, eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des eigenen Einflusses; dieser Widerspruch im russischen Sicherheitsdenken scheint gegenwärtig unauflöslich zu sein. Zugleich kann es sich um einen indirekten Hinweis darauf handeln, dass die NATO ihre 1997 gegebene politische Zusicherung, keine substanziellen Kampftruppen in den neuen Bündnisstaaten zu stationieren, bis heute nicht mit Russland gemeinsam definiert und die Begrenzung damit verbindlich bestätigt hat. Als politische Selbstverpflichtung fehlt ihr die rechtliche Bindung und damit die von Moskau erwünschte Verlässlichkeit.

23 Darauf weist der Stellvertretende Sekretär im Nationalen Sicherheitsrats Russlands, Wladimir Navarow, hin. o.A., Russia sees threat to Pakistani nukes, in: Global Newswire v. 16.2.2010.

4.5 Ballistische Raketenabwehr

Viertens gefährden aus russischer Sicht die Entwicklung und der Aufbau der strategischen Raketenabwehr die globale Stabilität und das strategische Kräfteverhältnis zwischen den USA und Russland. Zugleich wird die Militarisierung des Weltraums beklagt. Kritisiert wird auch die Aufstellung konventioneller strategischer Systeme, d.h. Umwidmung von aus den strategischen Nuklearstreitkräften der USA ausgegliederten Interkontinentalraketen, schweren Bombern (B-1B) und von strategischen U-Booten für weitreichende konventionelle Cruise Missiles. Das unterminiert aus russischer Sicht die strategische Stabilität. Beide Elemente spielen in den nuklearstrategischen Verhandlungen mit den USA eine wichtige Rolle. Washington wollte im Neuen START-Vertrag konventionelle strategische Systeme aus den Begrenzungen ausklammern, wenn zuvor die funktionsbezogenen Unterschiede zwischen nuklearen und konventionellen strategischen Trägern von Offensivwaffen Moskau demonstriert worden sind (NSTART Treaty Protokoll: 90ff). Moskau ist es aber gelungen, in der Präambel des Neuen START-Vertrags anerkennen zu lassen, dass die Entwicklung im konventionell-strategischen Bereich bei weiteren Reduzierungen der nuklearstrategischen Potentiale im Hinblick auf die strategische Stabilität neu zu bewerten und bei Bedarf auch zu verregeln sei (NSTART Treaty: 2). Weiterhin gibt es in der Frage der Raketenabwehr einen ähnlichen Dissens: Während Moskau einen klaren Bezug zwischen der nuklearen Abrüstung und der künftigen Beschränkung von Raketenabwehr²⁴ herstellen will, wird dies in Washington abgelehnt, um die Ratifikation des Neuen START-Vertrags im US-Kongress nicht zu gefährden. Der am 8. April 2010 in Prag unterzeichnete Vertrag entscheidet diese Frage nicht, sondern lässt beide Möglichkeiten offen.

4.6 Gefährdung der territorialen Integrität

Erst an fünfter Stelle und somit erstaunlich spät wird die Gefährdung der territorialen Integrität Russlands (Hinweis auf den Konflikt mit Japan über die vier kurilischen Inseln) und seiner Verbündeten (Südossetien, Abchasien) als klassische Sicherheitsbedrohung genannt. Sie wird mit der Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten verknüpft. Diese späte Einordnung ist insofern bemerkenswert, als es weiterhin ausdrücklich die wichtigste Aufgabe der Streitkräfte im Frieden bleibt, die territoriale Integrität, Souveränität und Unantastbarkeit Russlands zu sichern (RUSMilDok 2010: Zif. 27a).

24 Siehe dazu das unilaterale „Statement by the Russian Federation on Missile Defence“ v. 9.4.2010, in: www.mid.ru/ (20.4.2010).

4.7 Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen/Einhaltung von Verträgen

Als sechste Gefahr werden die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen samt ihrer Einsatzmittel (Raketen und Flugkörper) und die wachsende Zahl von Atommächten aufgeführt. (RUSMilDok 2010: Zif. 8f). Es folgt der Hinweis auf Staaten, die ihre internationalen Verpflichtungen nicht einhalten, einschließlich früher abgeschlossener Verträge der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Zum einen zielt dies auf Länder, die wie der Iran ihre Verpflichtungen gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht achten, oder wie Nordkorea aus dem Regime ausgetreten sind. Normativ nähert sich damit Russland westlichen Vorstellungen im Bereich der Nichtverbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen an. Ausdrücklich wird die Nichteinhaltung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen als Gefahr gesehen, während in der früheren Doktrin (RUSMilDok 2000: Zif. 8a) es im Kapitel über Sicherung der militärischen Sicherheit lediglich darum ging, die Erfüllung solcher Vereinbarungen zu *beobachten*. Zum anderen ist damit wohl auch der 1999 unterzeichnete und von Russland (sowie drei anderen Ländern) ratifizierte AKSE-Vertrag gemeint, den die übrigen Vertragsstaaten immer noch nicht in Kraft gesetzt haben. Auch die von den USA 2002 betriebene und von Russland nur notgedrungen hingenommene Aufkündigung des ABM-Vertrags dürfte aus russischer Sicht darunter fallen.

4.8 Rechtswidriger völkerrechtlicher Gewalteinsatz und Eskalationsgefahren

Eine weitere Gefahr wird darin gesehen, dass unmittelbare Nachbarstaaten Russlands völkerrechtswidrig militärische Gewalt einsetzen. Damit ist eindeutig Georgien gemeint. Daran schließt sich die Gefahr der Entstehung oder Eskalation von Konflikten in der Nähe Russlands und seiner Verbündeten an. Das zielt auf die unregulierten Territorialkonflikte in oder zwischen einigen sowjetischen Nachfolgestaaten sowie vermutlich auf Afghanistan.

4.9 Internationaler Terrorismus

Als vorletzte Gefahr folgt der internationale Terrorismus, der in der früheren Doktrin zuletzt aufgeführt wurde. Im neuen Dokument werden noch das Entstehen (interkonfessioneller) Spannungsherde und die Tätigkeiten internationaler radikaler bewaffneter Gruppen an den Grenzen Russlands und seiner Verbündeten benannt. Im selben Zusammenhang stehen territoriale Konflikte, die Zunahme von gewaltsamem Separatismus und (religiösem) Extremismus in bestimmten Regionen. Auch dies dürfte sich vor allem auf Zentralasien, Afghanistan, Pakistan und die unregulierten Territorialkonflikte in Moldau, Aserbaidshan und Georgien eventuell sogar auf den innerchinesischen Konflikt mit der uigurischen Minderheit nahe der russischen Grenze beziehen.

4.10 Militärische Bedrohungen

Erst nach der Beschreibung der *internen* Gefahren folgt ein kurzes Kapitel über militärische Bedrohungen. Hier werden die „Zuspitzung der zwischenstaatlichen militärpolitischen Lage“ und abstrakt die „Herstellung von Bedingungen für den Einsatz militärischer Gewalt“ (RUSMilDok 2010: Zif. 10) genannt, die aber nicht näher beschrieben werden. Darunter sind vermutlich militärische Maßnahmen zu verstehen, die unmittelbar einem kriegerischen Konflikt vorausgehen: Mobilisierung von Truppen, ihre grenznahe Verlegung und Konzentration, provokative Truppenübungen, sowie das Einnehmen von Gefechtspositionen an der Grenze. Als weitere Bedrohung folgen wie in der früheren Doktrin die Behinderung der Handlungsfähigkeit von Regierung und Streitkräften, der Nuklearstreitkräfte, der Flugkörperfrühwarnung, der Weltraumüberwachung einschließlich ziviler Einrichtungen der Atom- und Chemieindustrie sowie anderer gefährdeter Objekte. Die bewusst nicht näher definierte „Behinderung der Handlungsfähigkeit“ dieser Institutionen und Einrichtungen kann als militärische Bedrohung wahrgenommen und darauf entsprechend mit militärischen Mitteln reagiert werden. Dabei eröffnen die ebenfalls nicht näher bestimmten „anderen Objekte“ einen breiten Interpretationsspielraum. Das Aufstellen illegal bewaffneter Verbände auf dem Territorium Russlands und seiner Verbündeten gilt als Bedrohung eigener Art. Das zielt vor allem auf die internen Konflikte im russischen Teil des Kaukasus. Wenn zudem andere Akteure militärische Stärke durch Übungen in Staaten demonstrieren, die an Russland oder seinen Verbündeten grenzen, gilt das gleichfalls als Bedrohungsquelle. In diesem Zusammenhang weist Alexander Khramchikhin, Stellvertretender Direktor des Instituts für Politische und Militärische Analysen in Moskau, darauf hin, dass China seine großen Übungen nicht mehr nur gegenüber Taiwan oder in Tibet, sondern zunehmend auch an den Grenzen zu Zentralasien und Russland durchführt. Diese Verlagerung der chinesischen militärischen Aktivitäten, die auch als eine Reaktion auf die wachsende Instabilität in Pakistan und Afghanistan anzusehen ist, ruft in Russland neue Sorgen hervor.²⁵

5. Rolle der Kernwaffen

Im Vergleich zur Militärdoktrin aus dem Jahre 2000 nimmt die neue Doktrin deklaratorisch die Rolle der nuklearen Abschreckung etwas zurück. Bisher sollten Nuklearwaffen schon bei *kritischen Situationen der nationalen Sicherheit* (RUSMilDok 2000: Zif. 8) zum Einsatz kommen. Die neue Doktrin sieht dies – etwas zurückhaltender – nur noch bei einer *existenziellen* Bedrohung Russlands (RUSMilDok 2010: Zif. 22) vor. Moskau liegt

25 Roger McDermott, Russian military doctrine looks East, in: Eurasia Daily Monitor, v. 24.2.2010. Siehe dazu auch General Vladimir Verkhovtsev, der für die Lagerung und Sicherung der russischen Nuklearwaffen zuständig ist. o.A., Russia determined to keep tactical nuclear arms for potential aggressors, in: Pravda.ru v. 31.10.2007.

damit auf einer Linie mit dem Gutachten des internationalen Gerichtshofs aus dem Jahre 1996, der die Androhung und Anwendung von nuklearen Waffen allenfalls noch unter „extreme circumstance of self-defence, in which the very survival of a State would be at stake“ für gerechtfertigt hielt.²⁶ Damit geht die neue Doktrin politisch-symbolisch einen Schritt in Richtung der Obama-Vision einer nuklearwaffenfreien Welt.²⁷

Dabei ist die veröffentlichte Militärdoktrin, wie schon eingangs erwähnt (siehe S. 5-6) nicht das einzige Schlüsseldokument zur russischen Militärpolitik im nuklearen Bereich. Präsident Medwedew unterzeichnete zeitgleich die geheimen „Grundlagen der Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung bis 2020“.²⁸ Die Entscheidung für eine öffentliche und eine geheime Version wurde schon im letzten Herbst gefasst, wohl auch, um den unterschiedlichen Interessen in Russland und zugleich den Erwartungen des Auslands besser zu entsprechen. Da es geheim ist, liegt die Vermutung nahe, dass es auch einige der zuvor angezeigten schärferen Elemente (siehe S. 8) enthalten könnte. Beide Dokumente zusammen spiegeln die Breite der innerrussischen Diskussion und damit auch den tiefen Dissens in der Regierung über die künftige Rolle der nuklearen Abschreckung wider. Während ein Teil der Putin nahestehenden Militärs wegen der konventionellen Unterlegenheit der russischen Streitkräfte, der hohen Kosten einer Modernisierung konventioneller Waffen und der unsicheren künftigen Entwicklung im Süden Russlands an der traditionellen Rolle von Nuklearwaffen festhalten und sie sogar erweitern will, ist der Reformflügel bereit, künftig mehr auf die konventionelle Modernisierung zu setzen, und die Rolle der nuklearen Abschreckung allmählich, ähnlich wie in den USA und Westeuropa, abzubauen. Vorausgesetzt ist allerdings, dass sich der politische Wille und die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen dauerhaft sichern lassen.²⁹

Für die Realisierung dieser Voraussetzungen sind die Prognosen unklar. Zu oft gab es hier in der Vergangenheit Ankündigungen der russischen Regierung, die bislang kaum eingelöst wurden. Es stellt sich die Frage, ob sich unter Putin und Medwedew und der von ihnen seit 2007 eingeleiteten Militärreform sowie der im letzten Jahr begonnenen konventionellen Modernisierung etwas zu ändern beginnt. Das von Präsident Medwedew am 5. März 2010 angekündigte konventionelle Modernisierungsprogramm, das den geringen Anteil an moderner Ausrüstung in den Streitkräften von derzeit 10 auf 70 Prozent im

26 Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Advisory Opinion at the request of the UN General Assembly, ICJ Reports, 8.7.1996, Para 97.

27 Im neuen Nuclear Posture Review der USA findet sich mit „the United States wishes to stress that it would only consider the use of nuclear weapons in extreme circumstances to defend the vital interests of the United States or its allies and partners“ eine ähnliche Formulierung (NPR 2010: viiif), wobei die Definition „vitaler Interessen“ allerdings Spielräume eröffnet.

28 Eine kurze Zusammenfassung des geheimen Dokuments findet sich in: o.A., Russian security source outlines main provisions of nuclear deterrence document, in: RIA Novosti v. 10.2.2010, in: <http://archive.constantcontact.com/fs053/1102820649387/archive/1103030034909.html> (10.2.2010).

29 Vgl. Nikolai Sokov, The New, 2010 Russian Military Doctrine: The Nuclear Angle, in: http://cns.miis.edu/stories/100205_russian_nuclear_doctrine.htm (31.3.2010).

Jahre 2020 steigern soll, bewertet Verteidigungsminister Serdjukow unter den gegenwärtigen rüstungsindustriellen Bedingungen jedenfalls schon jetzt als nicht erfüllbar.³⁰

Auch in der Militärdoktrin spiegelt sich diese Kontroverse: Denn dort heißt es einerseits: „Im Rahmen von Maßnahmen der strategischen Abschreckung mit Anwendung von Gewalt sieht die Russische Föderation vor, Präzisionswaffen einzusetzen“ (RUSMilDok 2010: Zif. 22). Es wird bewusst offen gelassen, ob nukleare oder konventionelle Präzisionswaffen gemeint sind.³¹ Erst der Folgesatz bezieht sich ausschließlich auf Nuklearwaffen. Denn „die Russische Föderation behält sich das Recht vor, als Gegenmaßnahme auf den Einsatz von Atomwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen gegen sie und (oder) ihre Verbündeten sowie im Fall einer Aggression gegen die Russische Föderation mit Einsatz konventioneller Waffen, wenn die Existenz des Staates an sich bedroht ist, Atomwaffen einzusetzen.“ Russland hält somit vorläufig weiterhin daran fest, im Falle eines Angriffs mit nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen (biologisch, chemisch) nuklear zu antworten. Hier offenbart sich ein deutlicher Unterschied zur neuen Nukleardoktrin der USA, die künftig auf Angriffe mit chemischen und biologischen Waffen nur noch konventionell reagieren will (NPR 2010: viii). Weiterhin hält Moskau wegen seiner konventionellen Unterlegenheit auch künftig am nuklearen Ersteinsatz im Falle eines *existenzbedrohenden* konventionellen Angriffs auf Russland fest. Während die frühere Doktrin (RUSMilDok 2000: Zif. 8) hier auch die erweiterte nukleare Abschreckung für die Bündnispartner beinhaltete, sieht dies die neue Doktrin nicht mehr vor. In Russland wird inzwischen davon ausgegangen, dass die Verbündeten, weil sie keine Massenvernichtungswaffen besitzen und auf ihrem Territorium auch keine mehr lagern, kaum mehr einem nuklearen Angriff fürchten müssen.³² Die negative Sicherheitsgarantie wird hier inzwischen als völlig ausreichend angesehen. Deshalb kann die erweiterte nukleare Abschreckung für Russland entfallen und die nukleare Schwelle weiter angehoben werden. Unklar ist aber, ob dies in einigen Bündnisverträgen nicht noch anders geregelt ist. Es bleibt daher ungewiss, in welchem Umfang hier Moskau die Rolle seiner Nuklearwaffen tatsächlich vermindert. Weiterhin sah die alte Doktrin noch den Einsatz von Nuklearwaffen gegen Staaten vor, die eine Bündnisvereinbarung mit einem Nuklearwaffen-

30 Dmitri Medwedew, Speech at Expanded Meeting of the Defence Ministry Board, 5.3.2010, in: http://eng.kremlin.ru/speeches/2010/03/05/2058_type82913_224669.shtml (6.3.2010). Kritisch dazu: o.A. Military reform in times of crisis, in: RIA Novosti v. 9.3.2010, in: <http://en.rian.ru/analysis/20100309/158139271-print.html> (9.3.2010). Ebenso: o.A., Neue Waffen für Armee – Mission impossible? – Russlands Presse, in RIA Novosti v. 9.3.2010, in: <http://de.rian.ru/safety/20100309/125400144-print.html> (9.3.2010).

31 Die Vermeidung einer genauen Festlegung kann auch damit zusammenhängen, dass Russland an anderer Stelle (RUSMilDok: Zif. 8d) die Aufstellung nichtnuklearer Präzisionswaffen als für das strategische Gleichgewicht störend einstuft.

32 Informationen aus einem selbstgeführten Gespräch am 29.4.2010 mit Wladimir Nasarow in Schlangenbad (Schlangenbader Gespräche). Etliche Verbündete Russlands (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan) gehören auch seit 2009 zur Nuklearwaffenfreien Zone Zentralasiens.

staat hatten (RUSMilDok 2000: Zif. 8). Diese Drohung fehlt ebenfalls in der neuen
rin.

Auch die USA halten nach dem neuen Nuclear Posture Review (NPR 2010: viii) am nuklearen Ersteinsatz fest. Es gibt aber mehrere bedeutsame Unterschiede: Zum einen will Washington aus politischen Gründen mit der erweiterten nuklearen Abschreckung die Bündniskohäsion stärken und die Allianzpartner, die sich (wie Japan, Südkorea und Türkei) einer verstärkten nuklearen Bedrohung ausgesetzt sehen, vom Streben nach eigenen Nuklearwaffen abhalten. Zum Zweiten vermindern auch die USA die Rolle der nuklearen Ersteinsatzandrohung, denn sie soll künftig nur noch gegen Staaten möglich werden, die wie der Iran oder Nordkorea ihre globalen Verpflichtungen nach dem Nichtverbreitungsvertrag verletzen. Somit stützen die USA den russischen Verzicht auf die nukleare Ersteinsatzdrohung im Falle eines konventionellen Angriffs auf die militärischen Verbündeten Moskaus. Russland beginnt damit parallel zu den USA, die Rolle seiner Kernwaffen für die eigene Sicherheit abzubauen; Unterschiede bleiben indes deutlich. Zugleich enthält die Doktrin Signale, die darauf hindeuten, dass Moskau in bestimmten Bereichen den doktrinalen Entwicklungen der USA folgen will.

6. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Im Kapitel über die Militärpolitik werden als Schwerpunkte der Eindämmung und Verhütung militärischer Konflikte zunächst politische, diplomatische und andere nichtmilitärische Mittel aufgeführt. Der Vorrang der Politik bleibt erhalten. Ausdrücklich sollen dazu neben der Festigung der eigenen kollektiven Sicherheitssysteme (Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)) auch die sicherheitspolitischen Beziehungen mit der OSZE und anderen zwischenstaatlichen Organisationen (EU und NATO) weiter entwickelt werden. Weiterhin wird hier auch stärker als in der alten Doktrin die Einhaltung internationaler Verträge der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie generell die Bedeutung von Rüstungskontrolle und Abrüstung hervorgehoben. Das deutet eine Aufwertung der vertraglichen Sicherheitskooperation an, die von den westlichen Medien völlig übersehen wurde.

Russland ist zur Fortsetzung der strategischen Rüstungskontrolle und Abrüstung bereit. Das zeigen auch die Konzessionen beim Abschluss der neuen amerikanisch-russischen Verträge – des Neuen Start-Vertrages und des Abkommens über die Entsorgung von je 34 t Waffenplutonium. Dabei ist es künftig mehr an „internationalen“ und weniger an bilateralen Abmachungen interessiert. Es will weitere Nuklearwaffenstaaten an diesen Verhandlungen beteiligen. Entgegen den Hoffnungen mancher westlicher Rüstungskontrollbefürworter enthält die Doktrin aber keinerlei Aussagen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung von *substrategischen* Nuklearwaffen. Im Zusammenhang mit der weiteren Abrüstung von strategischen Waffen wächst die Rolle und Bedeutung dieser Potenziale; führende Militärs in Russland diskutieren bereits über Möglichkeiten, diese Waffen in die Rüstungskontrolle einzubeziehen. So hat der für Nuklearwaffen zuständige Generaloberst

Vladimir Verkhovtsev am Tag der Veröffentlichung der Doktrin in einem Artikel in *Nezavisimaya Gazeta* darauf hingewiesen, dass Russland zu Gesprächen über substrategische Waffen bereit sein könnte, wenn auch die britischen und französischen Nuklearpotenziale einbezogen sowie die besondere Sicherheitssituation Russlands in Eurasien berücksichtigt werden.³³ Dass Überlegungen in diese Richtung im Rüstungskontrollteil der Doktrin nicht aufgegriffen werden, lässt auf einen tiefen Dissens innerhalb der russischen Regierung schließen. Die Forderung Russlands, die USA mögen zunächst ihre Nuklearwaffen samt Infrastruktur von fremden Territorien abziehen, bevor Russland zu Verhandlungen über sie bereit sei, dient daher auch dazu, Zeit für die Klärung der eigenen Position zu gewinnen. Dabei haben die russischen Befürworter künftiger Verhandlungen über substrategische Nuklearwaffen immerhin verhindern können, dass in der Doktrin zusätzliche Bedingungen festgelegt werden. Das ist angesichts des innerrussischen Dissenses positiv zu werten.

Die wegen Pakistan³⁴ blockierten Fissile Material Cut-off Treaty (FMCT)-Verhandlungen in Genf, die auf einen weltweiten Stopp der Herstellung von hochangereichertem Uran und Plutonium für Waffenzwecke zielen, werden ebenfalls nicht erwähnt. Das dürfte aber eher damit zusammenhängen, dass diese Gespräche von Russland nicht so wichtig genommen werden. In diesen Verhandlungen nahm Russland bisher die Rolle eines konstruktiven Mitläufers wahr, der sich weder besonders engagierte noch als Bremser in Erscheinung trat. Der umfassende Teststoppvertrag wird ebenfalls nicht aufgeführt. Russland hat ihn im Unterschied zu den USA schon ratifiziert und ist grundsätzlich daran interessiert, dass ihm die USA und China sobald wie möglich beitreten.

Moskau bekennt sich ausdrücklich zur Fortsetzung der konventionellen Rüstungskontrolle und zur Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen, angelehnt an das Nationale Sicherheitskonzept von 2009 (RUSNatSicherheitskonzept 2009: Zif. 95), führt dies aber in der Militärdoktrin selbst nicht näher aus. Dass die konventionelle Rüstungskontrolle aber gleich an zweiter Stelle nach der nuklearstrategischen Rüstungskontrolle und noch vor der Raketenabwehr steht, unterstreicht, welche hohe Bedeutung ihr die russische Führung für die Zukunft beimisst.

Zu bi- und multilateralen Regelungen der Kooperation bei der Flugkörperabwehr ist Russland ebenfalls bereit. Die Formulierung ist so allgemein abgefasst, dass dies sowohl durch militärische Kooperation als auch durch Rüstungskontrolle erfolgen kann. Weitere

33 Jakob W. Kipp, *Russian Tactical Nuclear Weapons and Eurasian Security*, in: *Eurasia Daily Monitor* v. 7.3.2010, in: <http://georgiandaily.com> (7.3.2010).

34 Pakistan besitzt als noch sehr junge Atommacht nur geringe Bestände an waffengrädigem Plutonium und an hochangereichertem Uran. Da es hauptsächlich wegen des sicherheitspolitischen Konfliktes mit Indien zur Atommacht geworden ist und Indiens nukleare Aufrüstung indirekt durch das bilaterale zivile nukleare 123-Abkommen mit den USA begünstigt wird, fordert Pakistan von den USA auch wegen seiner Unterstützung im Afghanistankonflikt ein zu Indien vergleichbares zivil-nukleares Abkommen und blockiert den Fortgang der FMCT-Gespräche.

bilaterale Regelungen mit den USA und multilaterale mit der NATO sind somit ausdrücklich möglich. Russland hält sich hier im Unterschied zu den USA gleich mehrere kooperative Wege offen. Es bleibt ein wichtiges sicherheitspolitisches Ziel Moskaus, den ungebremsten Ausbau der nationalen amerikanischen Raketenverteidigung und die Stationierung von Komponenten eines solchen Systems in Europa zu verhindern. Zudem will der Kreml wie China die Stationierung jeglicher Waffen im Weltraum durch einen internationalen Vertrag verbieten; dies stellt eine weitere Kontroverse mit Washington dar.

7. Sicherheitskooperation auf weiteren Feldern

Moskau will weiterhin bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Piraterie auf hoher See kooperieren. Es erklärt auch seine Bereitschaft, sich an friedensschaffenden (der UN und der GUS) und friedens erzwingenden Einsätzen nach einer Legitimation durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder anderer Strukturen der kollektiven Sicherheit zu beteiligen (RUSMilDok: Zif. 25). Die Doktrin spezifiziert aber diese grundsätzliche Bereitschaft nicht näher. Dabei ist unklar, ob mit den „anderen Strukturen der kollektiven Sicherheit“ auch die eigene, von Russland kontrollierte Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS)³⁵ gemeint ist und der Kreml damit das gleiche Recht wie die NATO 1999 im Kosovokrieg beansprucht.

Weiterhin können Streitkräfte gemäß allgemein anerkannter Grundsätze und Normen des Völkerrechts sowie internationaler Verträge Russlands und nach den Föderationsgesetzen auch zum Schutze seiner Bürger im Ausland eingesetzt werden (RUSMilDok 2010: Zif. 26). Diese Schutzfunktion ist neu und geht über die letzte Doktrin hinaus. Da viele Nachfolgestaaten der Sowjetunion russische Minderheiten besitzen und Russland mit der Medwedew-Doktrin vom August 2008 für sich neue, nicht näher definierte „Interessensphären“ in seiner unmittelbaren Umgebung beansprucht, fürchten einige ost(mittel)europäische Staaten eine neue imperiale Politik Russlands und eine Gefährdung ihrer Sicherheit. Solche militärischen Rettungsaktionen sind aber in Extremfällen nicht unüblich (die Bundeswehr flog im März 1997 mit einer solchen Operation unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen und unter Einsatz ihrer Waffen über hundert Botschaftsangehörige vom Flughafen Tirana in Albanien aus). Deshalb wären im Zuge der Sicherheitskooperation mit Russland Anstrengungen ratsam, diese Mission russischer Streitkräfte mit Moskau abzuklären, um die Befürchtungen der osteuropäischen NATO-Partner abzubauen.

35 Der OVKS gehören derzeit Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland an.

8. Konsequenzen für die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle

8.1 Strategische Nuklearwaffen

Im Bereich der nuklearstrategischen Rüstung ist Russland auch über den Neuen START-Vertrag hinaus zu weiteren Reduzierungen bereit. Auch wenn eine Nulllösung, wie von Obama vorgeschlagen, vorerst nicht angestrebt wird, hat sich Präsident Medwedew grundsätzlich zu diesem Ziel bekannt.³⁶ Die Russische Nationale Sicherheitsstrategie vom Mai 2009 beinhaltet ebenfalls eine nuklearwaffenfreie Welt als langfristiges Ziel (RUSNat Sicherheitskonzept 2009: Zif. 90).

Gespräche über weitere Reduzierungen der Nuklearwaffen sollen künftig eher international als bilateral stattfinden. Moskau strebt aus mehreren Gründen möglichst bald eine Ausweitung der Zahl der nuklearen Verhandlungsteilnehmer an: Einmal kann Russland eine künftige Bedrohung durch die Mittelstreckenraketen Chinas, Nordkoreas und Pakistans nicht ausschließen, weshalb es schon jetzt auf eine Ausweitung des INF-Vertrags³⁷ drängt. Zweitens erhofft sich Moskau von der Multilateralisierung eine Stärkung seiner Verhandlungsposition, weil es den USA nicht mehr alleine gegenüber sitzt. Drittens ist es schon lange ein Ziel Moskaus, in solche Verhandlungen auch die Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens einzubeziehen. Die Beteiligung weiterer Atomkräfte unterstreicht die russische Bereitschaft zu weiteren drastischen nuklearen Abrüstungsschritten, weil anders ihre Mitwirkung kaum zu erlangen wäre. Auf der anderen Seite eröffnet ein solcher Prozess den übrigen Atomkräften die Chance auf eine annähernde nuklearstrategische Parität mit Russland und den USA. Das kann ihre Zustimmungsbereitschaft zu Verhandlungen über Begrenzungen *oberhalb* ihrer aktuellen Bestände erhöhen. Während Moskau und Washington weiter abrüsten, könnten etliche dieser Staaten weiter aufrüsten. Für Großbritannien und Frankreich ist dies politisch und finanziell aber kaum attraktiv. Es wäre auch nicht im Sinne der Global Zero-Vision von Obama. Daher wäre es wünschenswert, die kleineren Kernwaffenstaaten frühzeitig davon zu überzeugen, dass sie freiwillig Obergrenzen für ihre Arsenale akzeptieren und entsprechende einseitige Erklärungen abgeben. Zu einem späteren Zeitpunkt würden diese Obergrenzen dann der Verifikation unterstellt, sobald der bilaterale Verhandlungsprozess auf diese Teilnehmer ausgeweitet wird.

Zugleich würden in internationalen Gesprächen die konventionelle Überlegenheit und die konventionellen strategischen Optionen der USA nicht nur von Russland, sondern

36 Vgl. Dmitry Medvedev and Barack Obama will meet in Prague to sign a new strategic arms reduction treaty v. 26.3.2010, in: <http://eng.kremlin.ru/text/news/2010/03/224989.shtml> (28. 3.2010).

37 Der INF-Vertrag verbietet seit 1988 weltweit alle landgestützten Mittelstreckenflugkörper ab einer Reichweite von 600 km bis 5.500 km zwischen Russland und den USA. Vgl. Risse-Kappen 1988.

von weiteren Nuklearmächten wie China thematisiert werden. Die USA kämen hier unter stärkeren internationalen Druck, Konzessionen anzubieten. Weitergehende Reduzierungen der Nuklearwaffen werden in einem multilateralen Rahmen komplizierter und langwieriger werden, weil die jeweiligen nationalen Sicherheitsinteressen mit den dazugehörigen Asymmetrien in Folgeverhandlungen immer stärker durchschlagen.

8.2 Substrategische Nuklearwaffen

Russland will im Feld der substrategischen Kernwaffen gegenwärtig keine Vorschläge vorlegen und ist auch nicht verhandlungsbereit. Das russische Außenministerium weist ausdrücklich darauf hin, dass „issues of further nuclear disarmament, including tactical nuclear weapons, should be considered not in isolation, but in close connection with other types of weapons, including conventional forces in Europe and missile defence systems“.³⁸ Russland fordert also mehr militärische Berechenbarkeit im Bereich der konventionellen Streitkräfte und bei der Raketenabwehr, bevor es zu mehr Flexibilität bei den substrategischen Atomwaffen bereit ist. Überlegungen im US-Kongress und in Nord- sowie Osteuropa, die Fortsetzung der nuklearstrategischen Abrüstung an (parallele) Verhandlungen über substrategische Nuklearwaffen zu knüpfen, weil dann die dort bestehende Asymmetrie zwischen Russland und den USA größere Bedeutung erlangt, könnten aus diesem Grund zunächst zu einem Stop der strategischen Rüstungskontrolle führen.

Die russischen taktischen Nuklearwaffen sollen nicht nur die konventionelle Unterlegenheit Russlands im Vergleich zur NATO und die möglichen strategischen Nachteile ausgleichen, die sich aus einem Ausbau und der qualitativen Verbesserung der amerikanischen Raketenabwehr in Europa ergeben könnten. Vielmehr dienen sie auch als Kompensationsinstrument gegen die schon zuvor erwähnte stetige und rasche konventionelle Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte und die wachsende Bedrohung Russlands durch Mittelstreckenraketen in Asien. Sie sind weiterhin nach General Balujewski (siehe S. 8) ein wichtiges Instrument, um die wachsende *strategische konventionelle* Überlegenheit („Prompt Strike Capability“) der USA aufzufangen sowie ein Gegengewicht zu den Nuklearwaffenpotenzialen Frankreichs und Großbritanniens.

Daher ist eine asymmetrische Abrüstung dieser Waffenkategorie zwischen Russland und USA-NATO vorerst unwahrscheinlich. Zudem ist die Asymmetrie in Europa von 1:10 bis 1:20³⁹ auch zahlenmäßig so groß, dass Verhandlungen vor großen Schwierigkei-

38 Andrey Nesterenko, the Russian Foreign Ministry spokesman, Moscow considers it imperative that the United States withdraw its tactical nuclear weapons from European territory, v. 4.2.2010, in: www.mid.ru (8.2.2010).

39 Die USA haben in Europa ca. 200 Nuklearbomben stationiert. Sie sind auf sechs Basen in Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien und Türkei disloziert. Weitere 500 nichtstrategische Sprengköpfe lagern die USA auf ihrem Territorium. Russland soll etwa 2.000 taktische Sprengköpfe in den aktiven Verbänden und weitere 3.300 in Reserve besitzen. Wie viele davon in Europa lagern, ist unklar. Vgl. für Russland Hans Kristensen/Robert S. Norris, Russian nuclear forces, 2010, in: <http://thebulletin.metapress.com/>

ten stünden. Die Forderung etlicher ostmitteleuropäischer Staaten und der Außenminister Schwedens und Polens, Carl Bildt und Radek Sikorski, den Abzug der amerikanischen substrategischen Waffen aus Europa an Gespräche und reziproke Maßnahmen mit Russland zu binden, läuft daher in dieser Form eher auf eine Blockierung des von Deutschland und den Beneluxstaaten favorisierten einseitigen Abzugs der amerikanischen substrategischen Nuklearwaffen hinaus. Norwegen, das zunächst Deutschland und die Beneluxstaaten unterstützte, schwenkte am 9. April 2010 auf die polnisch-schwedische Linie ein.⁴⁰ Norwegen und Schweden haben dabei sicherlich die russischen taktischen Atomwaffen auf der Kolahalbinsel im Blick,

Russland sollte im Interesse einer nach vorne weisenden Sicherheitskooperation mit mehr Beschränkung, Berechenbarkeit und Transparenz bei den westlichen konventionellen Streitkräften und bei der amerikanischen Raketenabwehr in Europa wenigstens zu einem begrenzten Entgegenkommen in der Frage seiner taktischen Nuklearwaffen bereit sein. Eine Teilreduzierung in Europa sowie ein Rückzug der taktischen Atomsprengköpfe an den Ural in wenigen zentralen Lagerstätten erscheinen dann eher möglich. Nach eigenen Angaben hat Russland seit dem Ende des Ost-West-Konflikts schon 75 Prozent dieser Waffen abgerüstet und einen großen Teil in zentrale Lagerstätten auf seinem Territorium gebracht.⁴¹ Welche Spielräume hier noch bestehen, wäre daher auszuloten. Ein möglicher Ausweg wäre eine „Paketlösung“, in der beide Seiten sich auf eine pauschale Obergrenze für alle Sprengköpfe einigen, also strategische, substrategische und Reservebestände. Es bliebe jedem Partner überlassen, innerhalb vereinbarter Parameter über die Aufteilung seiner Arsenale in diese drei Kategorien zu entscheiden.

Es gibt drei weitere Probleme bei der Abrüstung der substrategischen Potentiale: Das erste Problem liegt in den innenpolitischen Kräfteverhältnissen in den USA begründet: Sowohl das Pentagon (BMDR 2010: 34) als auch gewichtige Kräfte im US-Kongress⁴² sind gegen jede Beschränkung von strategischen Raketenabwehr- und konventionellen Long-Range Strike-Fähigkeiten. Hier schlagen sich zwei verhängnisvolle Entwicklungen der amerikanischen Sicherheitskultur nach dem Ende des Kalten Krieges nieder: zum einen die in der Zeit militärischer Überlegenheit enorm gewachsene Unfähigkeit, die Folgen eigener Rüstungsanstrengungen auf die Sicherheitslage des Gegenübers und dessen ver-

content/4337066824700113/fulltext.pdf (3.5.2010), für die USA Robert S. Norris/Hans M. Kristensen: Nuclear Notebook: U.S. nuclear forces, 2009, in: <http://thebulletin.metapress.com/content/f64x2k3716wq9613/fulltext.pdf> (3.5.2010).

40 O.A., Norway, Poland Urge Talks on Tactical Nukes in Europe, in: Global security Newswire v. 13.4.2010, in: http://gsn.nti.org/siteservices/print_friendly.php?ID=nw_20100413_2188 (13.4.2010). Norwegen hatte zuvor die deutsche Initiative zusammen mit den Benelux-Staaten unterstützt.

41 Sergei B. Ivanov, Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz am 6.2.2010, in: www.securityconference.de/Ivanov-Sergei-B.457.0.html (6.2.2010).

42 Siehe den Inhalt des Briefes der 41 Senatoren des US-Kongresses zum kommenden START Follow-on Vertrag, in: Bill Gertz, Inside the Ring, in: The Washington Times v. 17.12.2009, in: <http://washingtontimes.com/> (4.1.2010).

mutliche Reaktionen in den Blick zu nehmen. Zum anderen die in Teilen des Sicherheitsestablishments fest verankerte Überzeugung, vollständige militärische Überlegenheit, wie sie im Ziel der *full spectrum dominance* zum Ausdruck kommt, gewährleiste auch langfristig die amerikanische Sicherheit. In diesem Zusammenhang für unverzichtbar gehaltene Waffensysteme stehen für die Protagonisten dieser Politik nicht zur Debatte. Gerade die „Überlegenheitsgaranten“ beeinträchtigen aber das Sicherheitsgefühl anderer, etwa Russlands, in besonderem Ausmaß. Das Ziel der Überlegenheit ist mit einvernehmlicher Sicherheitskooperation grundsätzlich nicht zu vereinbaren. Es bedarf hier eines erheblichen Lernprozesses auf amerikanischer Seite, um die sich abzeichnende Blockade zu überwinden.

Das zweite Problem entsteht aus der Wechselbeziehung zwischen der Bedrohungswahrnehmung Washingtons und der Osteuropäer in Verbindung mit der weiteren Entwicklung der regionalen Raketenabwehr: Denn die US-Regierung wäre bei einem weiteren Ausbau der regionalen Raketenabwehr bereit, ihre substrategischen Nuklearwaffen in Europa, die auch den Iran abschrecken sollen, weiter abzubauen. Nach dem neuen US-Ansatz des „phased adaptive approach“ (BMDR 2010: 18ff, 29-30) für die regionale Raketenabwehr in Europa vom September 2009 hat Obama zunächst auf den Aufbau der noch unter US-Präsident Bush geplanten Abfangraketen und Radarsysteme in Polen und Tschechien verzichtet, weil damit die südlichen NATO-Länder nicht geschützt und die strategische Zweitschlagsfähigkeit Russlands teilweise bedroht gewesen wäre.⁴³ Statt dessen soll die Allianz zunächst ab 2011 bedrohungsgerechter mit zuverlässigeren Abwehrraketen (SM-3) auf Aegis-Kreuzern im östlichen Mittelmeer und später ab 2015 mit landgestützten SM-3 Systemen in Rumänien und Bulgarien vor der größten Bedrohung mit iranischen Mittelstreckenraketen geschützt werden. In Abhängigkeit von der weiteren Bedrohungsentwicklung durch iranische Raketen können die SM-3 Abwehrflugkörper verbessert und ab 2018 bis 2020 auch wieder in Polen stationiert werden. Spätestens mit Phase IV ab 2020 wäre ohne eine Kooperation mit Moskau die russische Zweitschlagsfähigkeit erneut partiell gefährdet. Damit hängt viel von der potentiellen Entwicklung der Bedrohung durch iranische Nuklearwaffen und Mittelstreckenraketen ab, die gegenwärtig nicht sicher vorherzusagen ist. In jedem Fall muss das neue Konzept für Moskau transparent und verifizierbar gestaltet werden, um neue Störungen im gemeinsamen Verhältnis zu vermeiden. Dies kann durch militärische Kooperation, aber auch durch Rüstungskontrolle geschehen.

Das dritte Problem liegt in der ungeklärten Entwicklung der konventionellen Rüstungskontrolle im westlich-russischen Verhältnis: Hier steht die erfolgreiche Regelung der Rüstungskontrollkrise in Europa noch an. Ohne dass in diesen Bereichen der Westen größere Konzessionen macht, ist kaum mit Moskaus Entgegenkommen im substrategischen Nuklearbereich zu rechnen; das Gefühl der russischen Unterlegenheit ist zu akut,

43 Hier danken die Autoren auch David Wilkening für seine ausführlichen und detaillierten Erläuterungen zum Konzept am 26.3.2010 in der HSFK.

um auf diese sicherheitspolitisch für essentiell gehaltenen Waffen zu verzichten, wenn sich die Lage nicht zum Besseren wendet.⁴⁴

Vor diesem Hintergrund gehen Hoffnungen, dass Russland einen Abzug der amerikanischen substrategischen Nuklearwaffen von Europa wenigstens informell auf der nukleartaktischen Ebene honorieren könnte, vorerst wohl zu weit, wie jüngere Äußerungen belegen.⁴⁵ Denn für Russland ist der Einsatz sehr hoch: Wie schon erwähnt forderten die Außenminister Schwedens und Polens am 1. Februar 2010 in der *New York Times* sowohl von den USA als auch von Russland, ihre taktischen Nuklearwaffen als Relikte des Kalten Krieges an den Außengrenzen der EU vorzugsweise in Verhandlungen stark zu reduzieren. Im Gegenzug antwortete der russische Außenminister Lawrow, dass man jederzeit zu Gesprächen über den Abzug der amerikanischen Waffen aus Europa bereit sei und wiederholte damit die bekannte Position Moskaus.⁴⁶

Inzwischen ist ungewiss, ob es bei diesen Waffen bald zu einem Teilabzug kommt. Die US-Außenministerin Hillary Clinton hat beim informellen NATO-Außenministertreffen in Tallinn jede einseitige Lösung bei den substrategischen Nuklearwaffen in Europa abgelehnt und für eine Verhandlungsregelung mit Moskau plädiert, NATO-Generalsekretär Rasmussen hat sie darin unterstützt.⁴⁷ Auch die Türkei lehnt einen einseitigen Abzug inzwischen ab. Die US-Regierung hat sich im neuen Nuclear Posture Review darauf verständigt, dass zur Sicherung der erweiterten Abschreckung/positiven Sicherheitsgarantie und der Bündniskohäsion auch künftig auf den nuklearen Ersteinsatz nicht völlig verzichtet werden soll. Das könnte als Begründung dafür herhalten, warum ein Teilabzug vorzuziehen wäre. Insgesamt hält der NPR die Frage unter Hinweis auf die Debatten im Bündnis offen (NPR 2010: 35).

Solange der Westen seine eigenen Pläne und Präferenzen hinsichtlich seiner substrategischen Waffen noch nicht fixiert hat und solange deren Abzug – ob teilweise oder gar nicht – mit einer aus russischer Sicht unerwünschten Aufrüstung bei der Raketenabwehr gekoppelt wird, besteht für Moskau wenig Anlass, sich selbst rüstungskontrollpolitisch zu positionieren. Zunächst muss der Westen im konventionellen Rüstungskontrollbereich

44 Sergey Karaganow, *Echoes of the past wars*, in: RIA Novosti v. 9.3.2010, in: <http://eng.karaganov.ru/articles/222.html> (9.3.2010).

45 Wolfgang Ischinger/Ulrich Weisser, *NATO and the Nuclear Umbrella*, in: *The New York Times* v. 15.2.2010, in: www.nytimes.com/2010/02/16/opinion/16iht-edischinger.html (15.2.2010).

46 Siehe Carl Bild/Radek Sikorski, *Next, the Tactical Nukes*, in: *The New York Times* v. 1.2.2010, in: www.nytimes.com/2010/02/02/opinion/02iht-edbildt.html (1.2.2010). Dazu: Sergey Lavrov at Joint Press Conference Following Talks with Norwegian Minister of Foreign Affairs Jonas Gahr Store, Moscow, v. 3.2.2010, in: www.in.mid.ru (5.2.2010). Moskau will erst dann über seine taktischen Nuklearwaffen verhandeln, wenn die USA ihre Atombomben samt dazugehöriger Infrastruktur aus Europa abgezogen haben.

47 Thorsten Knuf, *Atomwaffen bleiben in Deutschland*, in: *FR* v. 24./25. April 2010, S.9; Arshad Mohammed/David Brunnstrom, *U.S. signals ist nuclear arms stay in Europe for now*, in: *The Washington Post* v. 22.4.2010, in: www.washingtonpost.com/ (22.4.2010).

seine Hausaufgaben machen und eine für Russland akzeptable Regelung bei der weiteren Entwicklung der Raketenabwehr in Europa finden. Erst eine solche Entwicklung würde russische Befürworter einer regionalen Reduzierung und eines regionalen Rückzugs der eigenen taktischen Nuklearwaffen stärken.

8.3 Konventionelle Rüstungskontrolle

Zwar betont Russland seine Bereitschaft zur Fortsetzung der konventionellen Rüstungskontrolle und zur Weiterentwicklung der Vertrauensbildenden Maßnahmen; jedoch ist auffällig, dass anders als noch im Nationalen Sicherheitskonzept von 2009 (RUSNatSicherheitskonzept 2009: Zif. 95) konventionelle „Reduzierungen“ in der neuen Doktrin nicht erwähnt werden. Das ist insofern überraschend, weil sowohl die aktuelle Militärreform als auch die geplante konventionelle Modernisierung der russischen Streitkräfte Moskau schon aus finanziellen Gründen zu weiteren Reduzierungen zwingen werden. Von daher sollte der Kreml ein Interesse an weiteren konventionellen Reduzierungen und ihrer rüstungskontrollpolitischen Instrumentierung haben.⁴⁸ Diese Unterschiede deuten auf einen Dissens über die weitere konventionelle Abrüstung in der russischen Führung und im russischen Militär hin. Auch die zurzeit laufende Militärreform wird in der neuen Doktrin überraschenderweise nicht angesprochen. Zu vermuten ist, dass es über die Ziele der Militärreform ebenfalls noch keine Einigkeit zwischen den verschiedenen Flügeln im Militärapparat gibt.⁴⁹ Dieser Dissens kann künftig die russische Flexibilität bei Gesprächen beschränken. Der neue amerikanische Ansatz in der konventionellen Rüstungskontrolle muss daher die russischen und westeuropäischen Befürworter der konventionellen Rüstungskontrolle stärken, um die aktuelle Krise in der konventionellen Rüstungskontrolle zu überwinden. Dabei können Deutschland und die Beneluxstaaten die vorläufige Aussetzung des einseitigen Abzugs amerikanischer strategischer Nuklearwaffen bündnisintern nutzen, um die in der konventionellen Rüstungskontrolle noch zögerlichen Ostmitteleuropäer zu größerem Entgegenkommen anzuhalten.

Die russische Gefahrenanalyse in der neuen Doktrin legt nahe, dass Moskau neben der ohnehin kritisierten NATO-Erweiterung auf keinen Fall die Stationierung von westlichen Truppen in den neuen Bündnisstaaten und die weitere Ostverlagerung von NATO- und US-Infrastruktur will. Es lehnt eine größere militärische Verteidigungsplanung sowie entsprechende militärische Übungen an seiner Grenze oder der seiner Verbündeten ab. Das bietet Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskon-

48 O.A., Russia To Reduce Tanks from 22,000 to 2,000?, in: Pravda.ru v. 4.3.2010. Russland meldet nach Aussagen von amerikanischen und deutschen KSE-Delegierten trotz der Suspendierung des KSE-Vertrags jährlich Globaldaten über die Stärke seiner konventionellen Ausrüstung in Europa, die auch nach 2007 sinkende Bestandszahlen ausweisen.

49 Keir Giles, The Military Doctrine of the Russian Federation 2010, NATO Research Review, NATO Defense College Rome, February 2010, S. 8-9.

trolle und militärischen Vertrauensbildung. Denn auch die ostmitteleuropäischen Staaten wollen in der Nähe ihrer Grenzen keine größeren russisch-weißrussischen Truppenübungen, keine Westverlagerung russischer militärischer Infrastruktur oder die Stationierung zusätzlicher Truppen und Waffen. Es gibt also symmetrische Interessen, die in einer Vereinbarung abgeglichen werden könnten. Darüber sollte ein Konsens erreichbar sein.

8.4 Raketenabwehr, Militarisierung des Weltraums, Aufbau zielgenauer konventioneller strategischer Systeme

Strategische Flugkörperabwehr (Raketenabwehr), die Stationierung von Waffen mit offensiven Fähigkeiten im Weltraum und die Entwicklung zielgenauer konventioneller Systeme mit großer Reichweite – und die Umwidmung bislang nuklear genutzter Systeme mit diesen Fähigkeiten – bilden ein Kernelement russischer Sicherheitsbesorgnisse im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Die Entwicklung in allen drei Bereichen gefährdet aus russischer Sicht die globale Stabilität (seine Zweitschlagsfähigkeit) und das durch den Neuen START-Vertrag vereinbarte militärstrategische Kräfteverhältnis. Russland will daher in allen drei Feldern mehr Transparenz und Beschränkungen oder – vorzugsweise – einen Verzicht auf Aufrüstung, wobei dies bei der Entwicklung der regionalen strategischen Flugkörperabwehr in Europa auch durch mehr militärische Kooperation mit der NATO und den USA realisiert werden könnte. Die USA betonen im BMDR 2010 (BMDR 2010: vi, 44) und im QDR 2010 (QDR 2010: 58f) sowie in mehreren Reden der US-Außenministerin eher ihre grundsätzliche militärische *Kooperationsbereitschaft* mit Russland bei der Entwicklung der regionalen strategischen Raketenabwehr, weil im Pentagon und von 41 konservativen US-Senatoren jede Beschränkung von BMD abgelehnt wird.⁵⁰ Die militärische Kooperation im Bereich der taktischen Raketenabwehr hatte sich zwischen Russland und der NATO bis zum Georgienkrieg 2008 trotz mancher Störungen relativ gut entwickelt.

Anders sieht es im regionalstrategischen Bereich aus. Bisher haben die USA ihre bilateralen Programme mit diversen NATO-Staaten (Rumänien, Bulgarien, Polen) noch nicht in die NATO integriert. Diese politisch höchst heiklen bilateralen Sonderwege im Bündnisgebiet verhindern bislang, dass die Raketenabwehr zu einem Element der Kooperation zwischen Russland und der NATO werden kann. Im Gegenteil: Die USA nutzten bisher auch unter Präsident Obama diese bilateralen Raketenabwehrprogramme als politisches Druckinstrument gegen Moskau, um den Kreml zu mehr Unterstützung bei den Sanktionen gegenüber dem Iran oder zur Zurückhaltung bei Waffenlieferungen (S-300 Flugabwehrsystem) an Teheran zu bewegen. Die Integration dieser Programme in die NATO-Strukturen würde es den USA nicht mehr erlauben, sie weiterhin für diesen

50 Siehe auch Hillary Clinton, Remark on the Future of European Security, Paris v. 29.1.2010, in: www.state.gov/secretary/rm/2010/01/136273.htm (29.1.2010). Zur Haltung der 41 kritischen Senatoren siehe Bill Gertz (Fn 42).

Zweck zu nutzen. Zugleich hat diese Taktik der Regierung in Washington die Glaubwürdigkeit von Präsident Obamas programmatischer Ankündigung, einen Neuanfang in den Beziehungen mit Russland zu wagen, in den Augen Moskaus gemindert.

Unter US-Präsident George W. Bush haben die USA ihre Kooperationsangebote an Moskau im Bereich der strategischen Raketenabwehr selbst nie sonderlich ernst genommen. Insofern beobachtet die russische Regierung jetzt sehr genau, ob es die Obama-Regierung ernster meint. Allerdings gibt es in der Einschätzung des Risikos, das von iranischen Raketen ausgeht, deutliche Unterschiede: Für die USA und die Allianz sind die Entwicklung von iranischen Mittelstreckenraketen und der mögliche Bau von Nuklearwaffen unter der gegenwärtigen iranischen Führung eine potentielle Bedrohung. Russland teilt diese Wahrnehmung vorerst nicht, auch wenn Moskau die mögliche Nuklearisierung des Iran genauso wenig will wie der Westen. Moskau muss aufgrund seiner guten wirtschaftlichen und militärischen Kontakte zu Teheran iranische Mittelstreckenraketen – unter den augenblicklichen Umständen – kaum fürchten. Das hat zur Folge, dass gerade in einem zentralen geographischen Schnittbereich zwischen NATO und Russland unterschiedliche Wahrnehmungen und Interessen einem Ausbau der militärischen Kooperation im Bereich der strategischen Flugkörperabwehr entgegenstehen. Russland fühlt sich eher durch die Mittelstreckenraketen Pakistans und Chinas bedroht und könnte vielleicht eher dort an einer stärkeren militärischen Kooperation bei der strategischen Raketenabwehr interessiert sein. Das würde aber auf eine weitere regionale Ausweitung des Tätigkeitsfeldes der Allianz hinauslaufen, die derzeit Moskau gerade nicht will und die auch in der NATO wegen ihrer möglichen Folgen für die Beziehungen zu China strittig wäre.

Indes werden in der neuen Doktrin die Proliferation von Nuklearwaffen und das Entstehen weiterer Atomkräfte ausdrücklich als neue Gefahren gesehen. Hier gibt es eine deutliche Annäherung an westliche Wahrnehmungen. Deshalb erscheint der russische Vorschlag sinnvoll, zunächst mit dem Bündnis und den USA auszuloten, in welchem Umfang sich die wechselseitigen Risiko- und Bedrohungswahrnehmungen angenähert haben und welche Folgerungen daraus für die geplante militärische Kooperation bei der Raketenabwehr zu ziehen sind. Auch wenn es diese Annäherung in der Risikoperzeption gibt, bleiben Zweifel, ob sie schon für eine echte und dauerhafte militärische Kooperation mit der NATO ausreichen. Immerhin könnte die Allianz in der Bewertung der Risiken, der Auswertung von Raketentests fremder Mächte und bei der Frühwarnung stärker mit Moskau zusammenarbeiten. So hält der amerikanische Oberbefehlshaber in Europa, Admiral James Stavridis, künftig die Kooperation mit Russland bei der Frühwarnung vor Raketenangriffen für möglich.⁵¹ Der kooperative Einsatz von Raketenabwehrsystemen ist hingegen mit Schwierigkeiten behaftet, weil es für die Abwehr von gegnerischen Raketen nur ein Zeitfenster von Sekunden bis wenige Minuten gibt. Ohne militärische und politische Vorabfreigaben ist ein Abwehreinsatz kaum möglich und weder die NATO noch

51 O.A., U.S. says joint use of Russian radars possible, in: The Voice of Russia v. 11.3.2010, in: http://english.ruvr.ru/_print/5189327.html (11.3.2010).

Russland werden derart wichtige Entscheidungen an andere Mächte vorab delegieren, selbst wenn die technische Kooperation in diesem Bereich machbar sein sollte.

Infolgedessen wird es – alternativ – darauf ankommen, wie der Aufbau regionaler Raketenabwehrfähigkeiten in Europa so gestaltet werden kann, dass berechnete russische Sicherheitsinteressen so wenig wie möglich tangiert werden. Dabei ließe sich die westliche regionalstrategische Raketenabwehr technisch durchaus so ausrichten, dass sie zwar iranische Raketen abwehren kann, nicht aber die russische Zweitschlagsfähigkeit bedroht. Obama hat hier mit seiner Entscheidung vom September 2009 schon die Richtung gewiesen: die Stationierung von weniger leistungsfähigeren, aber zuverlässigeren Raketenabwehrsystemen im Süden Europas. Das müsste mit einer Beschränkung der Radarsysteme einhergehen und von Russland bei Bedarf permanent vor Ort überprüft werden können. Dann müssten aber das Pentagon und die Konservativen im US-Kongress Beschränkungen der Raketenabwehr in bestimmten Regionen akzeptieren, wenn sie insgesamt für die Sicherheit der USA und der Allianz Vorteile bringen. Dass Russland wegen all dieser Zusammenhänge auf eine Formulierung im Neuen START-Vertrage gedrängt hat, die den Zusammenhang zwischen Beschränkungen bei der Raketenabwehr und der nuklearen Abrüstung anerkennt und insoweit als Berufungsgrundlage für entsprechende russische Forderungen in der Zukunft brauchbar ist, ist verständlich und bei der von Obama gewünschten Fortsetzung nuklearer Abrüstung auch logisch geboten.

Die US-Regierung hat sich im Neuen START-Vertrag auf keine Beschränkung ihrer konventionellen Fähigkeiten zum strategischen Schlag mit großer Reichweite durch konventionelle Mittel eingelassen. Nuklearstrategische Träger (Interkontinentalraketen, schwere Bomber, U-Boote), die für konventionelle Missionen umgerüstet werden, werden nach ihrer rüstungskontrollpolitischen Zertifizierung der funktionsbezogenen Unterschiede zu den nuklearstrategischen Systemen, nicht mehr vom Neuen START-Vertrag beschränkt. Sie unterliegen nur noch teilweise der Verifikation. Damit ist die US-Regierung den 41 konservativen Senatoren, die jede Begrenzung in diesem Bereich ablehnen, schon sehr weit entgegengekommen. Auch das Pentagon steht solchen Beschränkungen (BMDR 2010: 34) ablehnend gegenüber. Denn damit wollen die USA die Glaubwürdigkeit ihrer erweiterten Abschreckung auch unter den Bedingungen der nuklearen Abrüstung erhalten. Immerhin wird aber von amerikanischen Militärs mehr Transparenz bei diesen Fähigkeiten diskutiert.⁵² Da amerikanische Interkontinentalraketen, konventionelle Cruise Missiles mit großer Reichweite auf U-Booten und geplante hyperschallschnelle Flugzeuge (X-37) mit strategischen konventionellen Aufgaben von den USA aus eingesetzt werden sollen, sind regionale Beschränkungen schwierig. Sie wären nur durch permanente Beobachter in den zuständigen Operationszentralen möglich. Die zielgenauen konventionellen seegestützten Cruise Missiles in den vier U-Booten der

52 Dagobert L. Brito/Michael D. Intriligator, Conventional Trident Modification Program: Creating the Possibility of Global Zero for Nuclear Weapons, in: Huffington Post v. 1.3.2010 in: www.huffingtonpost.com/dagobert-l-brito/conventional-trident-modi_b_480660.html (1.3.2010).

Ohio-Klasse (künftig vermutlich auch auf Jagd-U-Booten der Virginia-Klasse) könnten hingegen auf bestimmte Operationsgebiete beschränkt werden, wobei die Art der Kontrolle noch zu klären wäre. Die temporäre Verlegung von schweren US-Bombern mit ausschließlich konventionellen Optionen nach Europa sollte zur Vertrauensbildung vorher notifiziert, und später auch den Verifikationsmaßnahmen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa unterworfen werden.

In der amerikanischen Regierung gibt es für die Beschränkung dieser Systeme keinen Konsens. Denn Aufrüstung im konventionellen Bereich soll den Verzicht auf gewisse sicherheitspolitische Funktionen der Nuklearwaffen kompensieren, um deren Reduzierung zu erleichtern. Das Pentagon und die Konservativen im Kongress sehen daher das Instrument der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung in diesem Zusammenhang überhaupt nicht als stabilisierendes Instrument und lehnen Einschränkungen ab. Gerade die Chancen, die Rüstungskontrolle hier bietet, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, müssten wieder stärker in das Bewusstsein amerikanischer Entscheidungsträger gelangen; die erfolgreiche Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa könnte dazu wichtige Anstöße liefern. Solange andere Staaten sich durch konventionelle Waffenstrukturen der USA mit großer Reichweite und unmittelbarer Einsatzbereitschaft potentiell bedroht sehen und sie konventionell nicht ausgleichen können, steigen die Anreize, sich nuklear zu bewaffnen und die weltweiten Bemühungen um Nichtverbreitung zu unterlaufen. Umgekehrt kann militärische Vertrauensbildung und konventionelle Rüstungskontrolle helfen, das Sicherheitsdilemma abzubauen, das von konventionellen Systemen großer Reichweite ausgeht. Das setzt aber voraus, dass die USA, vor allem die Konservativen, die globale militärische Überlegenheit der USA zur Disposition stellen.

Die Probleme, die sich aus der Stationierung von Waffensystemen im Weltraum ergeben, sprengen den Rahmen dieses Reports. Es genügt hier festzustellen, dass diese ebenfalls von herausragender Bedeutung sind, weil vom Weltraum aus theoretisch jeder Punkt der Erde sehr zielgenau und schnell erreicht werden könnte und damit die Stabilität der Abschreckung gerade dann bedroht wäre, wenn es nur noch wenige Nuklearwaffen gäbe. Entweder sollte deshalb, wie von Russland und China vorgeschlagen, ganz auf die militärische Nutzung des Weltraums verzichtet werden, oder aber es bedarf auf jeden Fall starker Beschränkungen.

9. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Vordergründig scheint die neue russische Militärdoktrin mit ihrer Stilisierung der NATO zu einer Hauptgefahr eher neue Hindernisse zu schaffen. Zugleich macht sie deutlich, dass Russland und die westlichen Staaten auf dem gerade begonnenen Weg der politischen Verbesserung ihrer Beziehungen noch große Hürden zu überwinden haben. Ein näherer Blick in die neue Militärdoktrin erkennt jedoch nicht nur die Hürden, die Russland in der neuen Zuweisung von globalen Sicherheitsfunktionen an die NATO, ihrer fortgesetzte Erweiterung und ihrer Selbstermächtigung bei militärischen Interventionen

sieht. Die Doktrin enthält zwar angesichts der militärischen Schwäche Russlands keine neuen ausformulierten Ansätze für eine künftige Sicherheitskooperation aber immerhin eine ganze Reihe wichtiger Signale, wo sich Moskau auch mit der „gefährlichen“ Allianz künftige militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit wünscht. Dabei gibt es deutliche Annäherungen in der Einschätzung neuer Gefahren und Risiken, etwa bei der Nonproliferation oder der Sicherheit in Zentralasien, die eine Ausweitung der militärischen Kooperation begünstigen. Gerade angesichts der eigenen konventionellen militärischen Schwäche ist es ein besonderes positives Signal an die USA und den Westen, dass auch Russland künftig bereit ist, die Rolle der Nuklearwaffen für die eigene Sicherheit zu vermindern, indem es die Schwelle für ihre Anwendung in der erklärten Doktrin erhöht und zugleich seine Bereitschaft zur weiteren Abrüstung nuklearstrategischer Potentiale klar kundtut. Rüstungskontrolle und Abrüstung werden nicht nur von der neuen amerikanischen Obama-Regierung, sondern auch in der neuen russischen Doktrin stärker als in ihrer früheren Fassung hervorgehoben. Auch dort eröffnen sich neue Chancen der Zusammenarbeit.

Allerdings sind dabei die wechselseitigen rüstungskontrollpolitischen Blockaden durch wichtige Teileliten in Russland und in den USA für die weitere Entwicklung der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung regional und global wenig hilfreich. Denn sie erschweren einen vernünftigen Ausgleich der bestehenden Asymmetrien in den militärischen Potentialen und Fähigkeiten zwischen der NATO und den USA einerseits und Russland andererseits oder machen ihn gar unmöglich.⁵³ Während Russland gegenwärtig über eine Reduktion seiner taktischen Nuklearwaffen nicht reden will, lehnen das Pentagon und die konservative Minderheit im US-Kongress eine Beschränkung der strategischen Flugkörperabwehr und der konventionellen Fähigkeiten zum zielgenauen Schlag mit großer Reichweite ab. Die eigenen Interessen an der globalen Nonproliferation auf den Kopf stellend, streben sie sogar die Entwicklung eines neuen Nuklearsprengkopfes an; diesem Wunsch hat Präsident Obama in der NPR freilich eine Absage erteilt. Da in asymmetrischen Sicherheitskonstellationen der schwächere Partner immer die größeren Schwierigkeiten hat, Konzessionen anzubieten, weil seine Spielräume geringer sind, ist auf absehbarer Zeit größere Flexibilität von den USA und der westlichen Allianz gefordert.

Um diese wechselseitigen Blockaden zu überwinden, ist eine neue strategische Debatte nicht nur im Bündnis, sondern auch mit Russland notwendig. Sie hat die Parlamente mit einzubeziehen, weil sie Rüstungskontrollverträge ratifizieren müssen. Der Besuch der hochrangigen NATO Strategic Concept Expert Group in Moskau zu Konsultationen über die neue Strategie des Bündnisses war hierzu sicherlich ein erster wichtiger und richtiger Schritt. Er diente dazu, noch vor der Verabschiedung des neuen strategischen Konzeptes

53 Max Bergmann, Right-Wing Paranoia In US And Russia Over Missile Defense Is A Big Arms Control Obstacle, in: The Wonk Room v. 10.3.2010, in: <http://wonkroom.thinkprogress.org/2010/03/10> (10.3.2010).

seine wesentlichen Elemente mit der russischen Regierung und Vertretern der Wissenschaft zu diskutieren, um russische Besorgnisse schon im Vorfeld kennen zu lernen und – soweit möglich – zu berücksichtigen. Auch der parlamentarische Dialog zwischen der russischen Duma und dem US-Kongress über die Ratifikation des Neuen START-Vertrags ist dabei sehr zu begrüßen. Soll die Blockade überwunden werden, muss nach dem Neuen START-Vertrag die konventionelle Rüstungskontrolle wiederbelebt und mit Russland sowohl über die Kooperation als auch über die Kontrolle regionaler (später auch globaler) Raketenabwehrfähigkeiten geredet werden, weil nur darüber die negative russische Haltung gegenüber der weiteren Reduzierung der eigenen taktischen Nuklearwaffen aufgeweicht werden kann. Im neuen strategischen Konzept der NATO sollte daher Russland nicht nur die militärische Kooperation bei der Raketenabwehr, sondern auch deren regionale Beschränkung im Rahmen künftiger konventioneller Rüstungskontrolle angeboten werden.

Um die globale nukleare Nichtverbreitung zu fördern, ist es sinnvoll, auf die erweiterte Abschreckung mit substrategischen Nuklearwaffen zu verzichten. Andere nichtnukleare Staaten betrachten dies zu Recht als kompromittierend für den NVV. Mögliche davon ausgehende Sicherheitsprobleme sollten gerade im Kontext mit Russland wegen seines psychologischen Unterlegenheitsgefühls nicht vorrangig durch eine kompensatorische konventionelle Aufrüstung, sondern vorrangig durch konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung angegangen werden.

Deshalb gibt es mehrere sinnvolle Argumentationslinien für einen Teilabzug der amerikanischen substrategischen Nuklearwaffen aus Europa: Erstens lässt er sich mit dem Argument befürworten, er stelle ein positiveres globales politisches Umfeld für die Stärkung des NVV her. Taktische Kernwaffen können auch im weiteren Umfeld bedrohlich wirken. Dieses Bedrohungsgefühl ist nicht völlig gegenstandslos, da strategische Überlegungen der Bush-Regierung alle, auch die auswärtig stationierten, Kernwaffen der USA grundsätzlich zur Disposition der Kommandeure in regionalen Konflikten gestellt hatten (Müller/Sohnius 2006). Japan und Australien haben für die asiatische Region vergleichbare Argumente geltend gemacht, um die negativen Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten zu stärken, die dem NVV angehören.⁵⁴

Zweitens sollten die NATO-Staaten diesen Schritt zur Verbesserung der Beziehungen mit Russland nutzen und mit der Aufforderung nach mehr Entgegenkommen in der konventionellen Rüstungskontrolle verbinden. Dieses Angebot wäre durch zusätzliche konkrete Angebote für die konventionelle Rüstungskontrolle zu untermauern, die über die KSE-Erklärung vom 28. März 2008⁵⁵ hinaus gehen. Dort stellte zwar das Bündnis erstmals

54 O.A., Japan, Australia to propose enhancing 'negative security assurance'+, in: Breitband@com v. 23.3.2010, in: www.breitbart.com/print.php?id=D9EK8UI80&show_article=1 (23.3.2010).

55 NAC Statement on CFE of 28 March 2008, in: www.nato.int/cps/en/SID-68375D33-945BD96C/natolive/official_texts_8439.htm?selectedLocale=en (15.4.2010).

das Parallele Aktions-Paket/Program (PAP)⁵⁶ von Oktober 2007 öffentlich vor, mit dem Georgienkrieg wurde es aber obsolet. Die USA und die übrigen NATO-Staaten sollten schon jetzt zu allen fünf russischen Forderungen,⁵⁷ die Moskau bei seiner Suspendierung des KSE-Vertrags Ende 2007 erhob, endlich konstruktive Antworten vorlegen und dabei Moskau zu einer schnellen (Teil)Rückkehr bei der Implementierung der konventionellen Rüstungskontrolle auffordern. Das kann die dann notwendigen Gespräche über die versuchsweise Anwendung und spätere Inkraftsetzung des AKSE samt den möglichen Änderungen fördern. Dabei wird, darauf deuten jüngste Äußerungen aus den USA hin,⁵⁸ das Gastgeberstaatenprinzip⁵⁹ für Stationierungstruppen (Host Nation Consent) in Georgien eine große Rolle spielen, um die Ratifizierung des AKSE im US-Kongress zu ermöglichen. Welche Kompromisse hier mit Russland möglich werden, bleibt auszuloten, eine baldige Regelung des Statuskonflikts ist aber nicht zu erwarten. Dagegen sollten der Westen und besonders Deutschland samt den Beneluxstaaten das Angebot für einen Teilabzug der substrategischen Nuklearwaffen jetzt nicht an ein unmittelbares russisches Entgegenkommen im nukleartaktischen Bereich binden. Kann nach dem NATO-Außenministertreffen im April 2010 kein Konsens über den baldigen Teilabzug dieser Waffen hergestellt werden, muss ihr rüstungskontrollpolitischer Platz neu definiert werden. Deutschland und die Beneluxstaaten können eine vorläufige Aussetzung des Abzugs der bei ihnen stationierten substrategischen Nuklearwaffen an eine größere Flexibilität der Ostmitteleuropäer in der konventionellen Rüstungskontrolle binden, zumal gerade diese den Abzug an Verhandlungen mit Moskau knüpfen. Später können sie dann ein Element in der Weiterentwicklung der nuklearen Abrüstung werden, die strategische *und* substrategische Nuklearwaffen umfasst. Voraussetzung wären Fortschritte in der konventionellen Rüstungskontrolle und in der Eingrenzung der regionalen Raketenabwehrfähigkeiten. Ein Nachfolgevertrag für den Neuen START-Vertrag könnte beispielsweise Obergrenzen für alle technisch einsatzfähigen Sprengköpfe (aktive/Reserve; strategische/substrategische) festlegen, die genaue Mischung aber – innerhalb festzulegender Untergrenzen – der einzelnen Vertragspartei überlassen. Den unterschiedlichen strategischen Anforderungen

56 Das parallele Aktionspaket der westlichen Staaten bot Russland für die stufenweise Implementierung seiner zwei noch ausstehenden Istanbul-Verpflichtungen in Georgien und in Moldau die stufenweise Ratifikation des AKSE an. Ergänzend sollte dabei die russische militärische Präsenz in den Entitäten beider Staaten durch multilaterale unbewaffnete OSZE-Beobachter außerhalb des KSE-Rahmens ersetzt werden. Siehe dazu auch Anm. 55.

57 Siehe Statement by Russia's Ministry of Foreign Affairs Regarding Suspension by Russian Federation of Treaty on Conventional Armed Forces in Europe (CFE Treaty) v. 12.12.2007, in: www.mid.ru (19.04.2010). Dort fordert Russland von den NATO-Staaten eine Kompensation (weitere Absenkung ihrer nationalen Obergrenzen) für die fortgesetzte Bündnis-Erweiterung, eine Beschränkung von Stationierungstruppen, die Aufhebung der Flankenlimits für Russland, die Sicherstellung der Teilnahme der drei baltischen Staaten und Sloweniens im AKSE und sobald als möglich die Inkraftsetzung des AKSE (ohne künstliche Bedingungen) mit einem Einstieg in seine Modernisierung.

58 Siehe z.B. die Rede von Hillary Clinton in Paris am 29.1.2010 (Anm. 50).

59 Das Gastgeberstaatenprinzip besagt, dass Truppen anderer Staaten nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Gastgeberstaates stationiert werden dürfen.

wäre damit Spielraum gegeben, das vorrangige Ziel, die nukleare Abrüstung auf das gesamte Spektrum der Kernwaffen auszuweiten, wäre dennoch erreicht. Im neuen NPR bieten die USA beispielsweise an, für weitere russische Reduzierungen bei den taktischen Waffen ihren Vorteil bei den strategischen Reservesprengköpfen zur Disposition zu stellen (NPR 2010: 17, 35).

Die Bundesregierung sollte sich auch durch die kritischen Bemerkungen, die zu ihrer Initiative für den Abzug substrategischer Kernwaffen über den Kanal und den Atlantik gedrungen sind, nicht beirren lassen. Seit Jahren hört man in Washington, man brauche diese Waffen nicht, wolle aber die Europäer nicht verschrecken, Ein Teil der Europäer will die Waffen gerne loswerden, aber die Amerikaner nicht vergrätzen. Dieser gordische Knoten muss gelöst und damit die Möglichkeit eröffnet werden, die Kooperation mit Russland zu verbessern. Innerhalb des Bündnisses und in den bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sollte Berlin beharrlich den Zusammenhang zwischen der nuklearen und der konventionellen Abrüstung und der Begrenzung von Raketenabwehr artikulieren – obwohl, ja, gerade weil manche Kreise im amerikanischen Sicherheitsestablishment diese Zusammenhänge nicht sehen wollen.

Schließlich sollte die Bundesregierung daran arbeiten, dass die überwiegend negative Aufnahme der neuen russischen Militärdoktrin einem ausgewogeneren Verständnis weicht.⁶⁰ Es ist für das weitere Verhältnis des Westens zu Moskau von größter Wichtigkeit, sowohl die russische Sicherheitswahrnehmung, die vitalen Sicherheitsbedürfnisse Russlands, aber auch die häufig nicht auf den ersten Blick erkennbaren Signale von Kooperationsbereitschaft richtig einzuschätzen, die die russische Führung aussendet. Die Doktrin enthält an vielen Stellen deutliche Hinweise, dass grundlegende sicherheitspolitische Fragen in Moskau umstritten sind. Es kommt darauf an, die dortige Debatte so zu beeinflussen, dass die Position der Kooperationsbefürworter gestärkt und die der Hardliner geschwächt wird. Dazu gilt es, russische Sicherheitsängste ernst zu nehmen, Felder zu definieren, in denen die NATO Russland entgegen kommen kann und deutliche Kooperations-signale an Russland auszusenden.

Versäumt man hingegen die gründliche Analyse der oft in eigenwilligem Stil gehaltenen russischen Äußerungen, so verpasst man Chancen der Zusammenarbeit, die auch der eigenen Sicherheit dient. Und das ist nun wirklich in niemandes Interesse.

60 Siehe auch Margarete Klein, Russlands Militärdoktrin 2020 – Unentschlossener Kompromiss zwischen Traditionalisten und Reformern, SWP-Aktuell 21, Berlin März 2010, S. 4.

10. Literatur

- BMDR* 2010: US Department of Defense, Ballistic Missile Defense Review 2010, in: www.defense.gov/bmdr/docs/BMDR%20as%20of%2026JAN10%200630_for%20webpdf (19.4.2010).
- Clinton, Hillary* 2010: Remark on the Future of European Security, Paris 29.1.2010, in: www.state.gov/secretary/rm/2010/01/136273.htm (29.1.2010).
- Giles, Keir* 2010: The Military Doctrine of the Russian Federation 2010, NATO Research Review, NATO Defense College Rome, Februar, S. 8-9.
- Dembinski, Matthias/Schmidt, Hans-Joachim/Schoch, Bruno/Spanger, Hans-Joachim* 2008: Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands, HSFK-Report 6, Frankfurt/M.
- ICJ Reports* 1996: Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Advisory Opinion at the request of the UN General Assembly, ICJ Reports, 8.7.1996, Para 97.
- Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia (IIFFMCG – CEIIG)* 2009: Report Jg. I, 30. September, in: www.ceiig.ch/Index.html (3.5.2010).
- Ivanov, Sergei B.* 2010: Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz, in: www.security-conference.de/Ivanov-Sergei-B.457.0.html (6.2.2010).
- Karaganow, Sergey* 2010: Echoes of the past wars, in: RIA Novosti v. 9.3.2010, in: <http://eng.karaganov.ru/articles/222.html> (9.3.2010).
- Kipp, Jacob W.* 2010: Medvedev Approves New Russian Military Doctrine, in: The Jamestown Foundation, in: www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Bsword (2.8.2010).
- Kipp, Jakob W.* 2010: Russian Tactical Nuclear Weapons and Eurasian Security, in: Eurasia Daily Monitor, in: <http://georgiandaily.com> (7.3.2010).
- Klein, Margarete* 2010: Russlands Militärdoktrin 2020 – Unentschlossener Kompromiss zwischen Traditionalisten und Reformern, SWP-Aktuell 21, Berlin, März.
- Kristensen, Hans/Norris, Robert S.* 2009: Nuclear Notebook: U.S. nuclear forces, 2009, in: <http://thebulletin.metapress.com/content/f64x2k3716wq9613/fulltext.pdf> (3.5.2010).
- Kristensen, Hans/Norris, Robert S.* 2010: Russian nuclear forces, in: <http://thebulletin.metapress.com/content/4337066824700113/fulltext.pdf> (3.5.2010).
- Medwedew, Dmitri* 2010: Speech at Expanded Meeting of the Defence Ministry Board, in: http://eng.kremlin.ru/speeches/2010/03/05/2058_type82913_224669.shtml (5.3.2010)
- Müller, Harald/Schaper, Annette* 2000: Definitions, Types, Missions, Risks and Options for Control: A European Perspective, in: Potter, William C./ Sokov, Nikolai/Müller, Harald/Schaper, Annette (Hrsg.), Tactical Nuclear Weapons, Part II, UNIDIR 2000/20, Geneva.
- Müller, Harald/Sohnius, Stephanie* 2006: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, Frankfurt/M, HSFK-Report 1/2006.
- NAC* 2008: NAC Statement on CFE of 28 March 2008, in: www.nato.int/cps/en/SID-68375D33-945BD96C/natolive/official_texts_8439.htm?selectedLocale=en (15.4.2010).

- Nesterenko, Andrey* 2010: The Russian Foreign Ministry spokesman, Moscow considers it imperative that the United States withdraw its tactical nuclear weapons from European territory, 4.2.2010, in: www.mid.ru/ (4.2.2010).
- Nesterenko, Andrei* 2010: Russian MFA Spokesman Andrei Nesterenko Response to Media Query on NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen's Critical Remarks About the New Military Doctrine of Russia, in: www.ln.mid.ru (9.2.2010).
- NPR* 2010: US Department of Defense, Nuclear Posture Review 2010, in: www.defense.gov/npr/docs/2010%20Nuclear%20Posture%20Review%20Report.pdf (19.4.2010).
- NSTART Treaty*: Department of State, New START Treaty, in: www.state.gov/documents/organization/140035.pdf (19.4.2010).
- NSTART Treaty Protokoll*: Department of State, New START treaty protocol, in: www.state.gov/documents/organization/140047.pdf (19.4.2010).
- QDR* 2010: Department of Defense, Quadrennial Defense Review Report 2010, in: www.defense.gov/QDR/images/QDR_as_of_12Feb10_1000.pdf (19.4.2010).
- Risse-Kappen, Thomas* 1988: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987, Frankfurt/M.
- RUSMilDok* 2000: Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Militärdoktrin der Russischen Föderation 2000, übers. aus dem Russischen, Dresden.
- RUSMilDok* 2010: Bundessprachenamt, Militärdoktrin der Russischen Föderation 2010, übers. aus dem Russischen, Strausberg.
- RUSNatSicherheitskonzept* 2009: Sicherheitsrat der Russischen Föderation, Die Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020, in: www.scrf.gov.ru/documents/99.html (19.4.2010).
- Sokov, Nikolai* 2010: The New, 2010 Russian Military Doctrine: The Nuclear Angle, in: http://cns.miis.edu/stories/100205_russian_nuclear_doctrine.htm (31. 3. 2010).
- Statement by Russia's Ministry of Foreign Affairs Regarding Suspension* by Russian Federation of Treaty on Conventional Armed Forces in Europe (CFE Treaty) v. 12.12.2007, in: www.mid.ru (19.04.2010).
- Statement by the Russian Federation on Missile Defence* v. 9.4.2010, in: www.mid.ru/ (20.4.2010).
- Woolf, Amy F.*: Nonstrategic Nuclear Weapons, Congressional Research Service, Washington DC. 10. August 2009.
- Zellner, Wolfgang/Schmidt, Hans-Joachim/Neuneck, Götz* (Hrsg.), Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa – The Future of Conventional Arms Control in Europe, Baden-Baden 2009.

11. Abkürzungen

ABM	Anti-Ballistic Missile
AFP	Agence France-Presse
AKSE	Angepasster KSE-Vertrag
BMDR	Ballistic Missile Defense Review
BRIC	Brasilien, Russland, Indien und China
CFE	Conventional Forces in Europe (KSE)
EU	Europäische Union
FMCT	Fissile Material Cut-off Treaty
FR	Frankfurter Rundschau
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IIFMCG	Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
ITAR-TASS	Russische Nachrichtenagentur
KSE	Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NAC	North Atlantic Council
NPR	Nuclear Posture Review
NSTART	New Strategic Arms Reduction Treaty
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit
QDR	Quadrennial Defense Review
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
RIA	Russische Nachrichten- und Informationsagentur
RMA	Revolution in militärischen Angelegenheiten
SORT	Strategic Offensive Reductions Treaty
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
START	Strategic Arms Reduction Treaty
UN	United Nations
UNIDIR	UN Institute for Disarmament Research